

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Veranlagungsbeiträge kosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsbeiträge werden nicht angenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wilmshäuser Straße 88—42. Telefon-Nr. 98 u. 80. Telegr.-Adr.: Altkreis Bochum.

Wo ist der opferfähige Idealismus?

Der Krieg hat starke moralische Kräfte, ohne die ein Volk unrettbar verloren ist, wirksam gemacht. Ein Band alles vergebender Brüderlichkeit umschließt nun Volksschichten, die sich in Friedenszeiten im leidenschaftlichen Parteistreit bekämpften. Überall tritt dieses nationale Solidaritätsgefühl hervor. Die Liebe zur Heimat lobt selbst auf in den Reihen der russischen Arbeiter, die doch gewiß nicht begeistert für das Zarentum ist. Aber dieses sympatische Bild erfährt eine starke Trübung durch die traurige Tatsache, daß es selbst in dieser schweren Kriegszeit noch Menschen gibt, die ihrer Selbstsucht rücksichtslos fröhnen zum Schaden ihrer wirtschaftlich schwächeren Volksgenossen. Nichts kann gefährlicher sein als vermeintlichen zu wollen, daß im Volke die Erbitterung über den unbarmherzigen Lebensmittelmacher stark im Wachstum begriffen ist!

Der Volkszorn ist bereits so groß geworden, daß auch Organ, die unser Wirtschaftssystem als ein „bewährtes“ rühmen, den systematischen Wucher mit Lebensmitteln an den Pranger stellen. Sehr bemerkenswert ist die Beurteilung, die die von der katholischen Volksvereinszentrale in M.-Gladbach herausgegebene Halbmonatsschrift „Jungland“ der Lebensmittelversorgung durch die heimische Landwirtschaft zuteil werden läßt. Auf das Schärfste brandmarkt diese Zeitschrift den Getreide-, Mehl- und Kartoffelmacher und schreibt dann, nachdem sie die günstige Lage der Landwirtschaft hervorgehoben hat, weiter:

„Das verbannt sie (die Landwirtschaft) eigener Trägheit, aber zum Beispiel auch der Schulzollgegebung, die durch die Mehrheit des Volkswillens zum Westen der Randwirte zustandekomme ist. Wir wollen hier die alte Streitfrage, ob und wie das Volk hierdurch zu höheren Opfern herangezogen worden ist, nicht der ganzen Länge nach einmal aufrollen. Tatsache bleibt, daß das Volk ein gewisses Opfer zum Nutzen der Bauern gebracht hat. Die einfachste Pflicht der Dankbarkeit verlangt daher, daß dieselben Bauern jetzt, wo sich jeder einschränken muß, nicht die notwendigen Lebensmittel ohne triftigen Grund verteuern. Es sind die ärmeren breiten Massen, die am meisten unter der Weltgier zu leiden haben. Bei Hungertausenden ist der Protzverdienst entweder ganz im Wegfall gekommen oder so tief herabgedrückt worden, daß sie nur mit größter Sparsamkeit sich und ihre armen, schuldlösen Familien vor Hunger und Not anderer Art schützen können. Der Ernährer und Vater steht im Felde, um mit Reiz und Leben die deutschen Reichsgrenzen gegen übermächtige Feinde zu beden, und um auch gerade dem baheimgebliebenen Bauern die Möglichkeit zu erhalten, seinen Acker zu bauen und in alter Weise seine Geschäfte zu machen. Der Staat unterstützt zudem auch die Landwirtschaft nach bestem Vermögen. Er zieht nach Möglichkeit die unbedingt zur Aufrechterhaltung des bäuerlichen Betriebs erforderlichen Jahrgänge nicht ein, beläßt die Bauern an Herden und Vieh, was eben belassen werden kann, und gibt ihm beim Verkauf der Deutsperte den Vorzug. Sicher aber erwartet auch der Staat einen anderen Dienst als den genannten. Fragt man sich ferner: Wo in Deutschland liegt es jetzt ein Bauer, der mit Recht über Kriegsnutzen klagen könnte, so muß man sich ehrlich gestehen: Nirgendwo! Gerade die in der letzten Zeit mit Stolz und Anerkennung so viel genannte deutsche Landwirtschaft wird, viel mehr als das auf die Industrie zutrifft und zutreffen kann, mit allen Kräften hochgehalten. Der deutsche Bauer trägt eine Verantwortung für Fortbestehen und Durchhalten unseres Staates, wie er sie nie getragen hat. Wucherergeld ist Blutgeld und bringt kein Glück.“

Wie groß muß schon die Volkserbitterung über den raffgierigen Lebensmittelmacher der landwirtschaftlichen Produzenten sein, daß sogar ein Blatt wie das sehr bauernfreundliche, schützamerikanische M.-Gladbacher solche Anklagen erhebt! „Wucherergeld ist Blutgeld! Sollte man es für möglich halten, daß in dieser schweren Kriegszeit gegen eigene Volksgenossen solche Anklagen erhoben werden müssen? Wo bleibt dort der opferfähige Idealismus, der jetzt im vaterländischen Interesse auch von dem Ärmsten — und nicht vergebens — verlangt wird? Wer seine eigenen Volksgenossen sogar jetzt ausbeutert, handelt schämling gegen diese wie der ausländische Feind.“

Die Preissteigerungen beschranken sich keineswegs auf die einheimischen landwirtschaftlichen Produkte. Fast kein Gebrauchsartikel ist ausgenommen. Zu normalen Preisen eingekaufte Kolonialwaren werden mit hohen Extraaufschlägen verkauft. Vorräte an allgemeinen Gebrauchsgegenständen wurden zurückgehalten in der Hoffnung, später noch höhere Hungersnotpreise zu erlangen. Beispielsweise ist auf dem Ledermarkt die Spekulation auf eine wachsende Notlage so arg geworden, daß auch kapitalistische Organe das Eingreifen des Staates fordern und bedauern, daß es nicht schon „vor Wochen“ erfolgte (Abw. Stg.“ vom 4. November). Wie geradezu schamlos die Kriegsnachwucherer ausgebeutet wird, davon legt ein Brief, den die Sachverständigen „Der Schuhmarkt“ (Frankfurt a. M.) unter der Überschrift: „Schuhhändler, Ihr verkauft zu billig!“, zustimmend abdruckt, beredtes Zeugnis ab. Der Brief lautet:

„Weichenfeld, den 24. Oktober 1914.
Nachstehend möchte ich Ihnen folgendes bekannt geben. Ich war in den letzten zehn Tagen oft auf der Reise und hatte Gelegenheit, in den kleinen Schuhgeschäften die Auslagen nebst Preisen zu studieren und fand ich es unverständlich, daß die meisten der kleinen Geschäfte noch die alten billigen Preise für ihre Waren berechneten, währenddem doch jeder mit offenen Augen um sich blühende Geschäftsmann bemerken mußte, daß die großen Geschäfte ganz andere Preise für die Ware auslegten; so hat zum Beispiel Salamander-Beispig keine 12,50 Mark-Stiefel mehr im Fenster. Ich glaube, Sie tun ein dankbares Werk, wenn Sie diese Art Schuhwarenhändler auf die bereits bestehenden und noch zu erwartenden Preissteigerungen in der Schuhbranche hinweisen; denn Menschen, die nicht verstehen, Geld zu verdienen, sind nicht wert, daß sie in der Branche vegetieren.“ (Unterschrift.)

Für diesen Gemütsathleten gelten nur die Menschen, die es verstehen, „Geld zu verdienen“, denn es auch nur durch die abförmliche Ausnutzung der Kriegsnachlage des Mitmenschen gesehen kann. Die „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 311 vom 9. November) bemerkt dazu:

„Die Schuhhändler sollen also auch dann, wenn sie ihre ausgelegte Ware noch zu den alten und billigen Einkaufspreisen erworben haben, die Verkaufspreise auf Kosten der durch den Krieg so schon mitgenommenen Kaufkraft erhöhen, um so aus der Notlage vieler einen Extragewinn herauszuschlagen. Die Redaktion befragt in einem Zusatz zu dem Brief noch ausdrücklich die Vorkläger des menschenfreundlichen Briefschreibers! Hat denn der Konsument gar keinen Anspruch auf Berücksichtigung?“

Auch in den Kreisen der Kapitalkräftigsten Industriellen herrscht keine rechte Empfindung für das, was jetzt das Wohl des Vaterlandes verlangt. Wir teilten schon mit, daß mehrere große Werksyndikate mit Preissteigerungen vorgegangen sind, u. a. auch das Roheisensyndikat. Es hat den Tonnenpreis um 5 Mark erhöht, obgleich noch große Vorräte, hergestellt zu den niedrigen Selbstkosten vor dem Krieg, lagerten. Dieses Vorgehen ist selbst der sonst unbedingt syndikalstreuen „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ ein zu starkes Stück und sie schreibt dazu (Nr. 252):

„Man versteht das Vorgehen des Syndikats auch beim besten Willen nicht. Die Angaben über die Vorräte auf den deutschen Hochofenwerken werden zwar in neuester Zeit als streng vertraulich bezeichnet. So viel aber darf man sagen, daß die Hoheisenbestände sich auf über eine halbe Million Tonnen belaufen. Nimmt man einen Durchschnittspreis von 80 Mk. je Tonne an, dann bedeuten diese Vorräte ein totes Kapital von 80 Millionen Mark. Weshalb werden diese Vorräte nicht liquidiert? Damit würde man den kleinen Leuten in der jetzigen Zeit das Dasein erleichtern; und es handelt sich doch bei den Hoheisenabnehmern, insbesondere bei den Gießereien, meist um kleine und mittlere Leute. Wer wolle die Bedeutung der großen Unternehmungen verkennen? Aber an drei Stellen haben wir neuerdings eine Veranschaulichung des Gegenfalles zwischen Großen und Kleinen feststellen müssen. Da hatten wir den grünlich diskutierten Abbau der Engagements an der Börse resp. die Rückzahlung auf die Reporitzgeber, den Einfluß auf bisher einschüßliche Reporitz. Das war ganz deutlich ein Druck der Großen auf die kleinen Leute. Weiter hören wir, daß auch bei der Verteilung von Metallen für Kriegslieferungen die Kleinen von den Großen nicht in der Weise, wie man es unbedingt wünschen muß, berücksichtigt worden sind. Die neueste Preispolitik des Hoheisenverbandes läuft am letzten Ende auch auf einen Druck der Großen gegen die Kleinen hinaus. Wer heute den kleinen Mann drückt, verkümmert die Aufgaben der Zeit. Es kann heute ja nicht darauf ankommen, daß man etwas höhere Preise aus den Kleinen herausholt oder ihnen gar die Arbeit wegnimmt. Die wichtigste Aufgabe der Zeit ist, daß der industrielle Wirtschaftskreis weiter marschiert, daß der Umlaufprozess im Gange bleibt. Wir müssen alle dazu beitragen, daß das Wirtschaft- und Geschäftsleben weiter erstarkt. Die großen Unternehmungen haben da ganz besonders hohe Verpflichtungen. Wir müssen Großbetriebe haben; das versteht sich von selbst. Aber nur Großbetriebe in einem Wirtschaftsorganismus wäre ein Unglück für die Nation; wir können es ja gerade in Vollen sehen, daß seinerzeit zugrunde ging, weil ein Mittelstand fehlte. Was nützt es uns, wenn wir nur Großbetriebe haben? Die Großbetriebe selbst haben das lebhafteste Interesse daran, daß die kleinen und mittleren Leute, ihre Abnehmer, am Leben bleiben, also nicht ihre Werke schließen müssen. Was uns die kleinen und mittleren Unternehmer wert sind, haben gerade die Zeichnungen auf die Kriegsanleihen deutlich gelehrt. Deshalb ist auch dem Hoheisenverbande zu empfehlen, den Bogen nicht zu überspannen. Koch kann er, gestützt auf seine großen Vorräte, seinen letzten Beschluß rückgängig machen. An der Spitze des Hoheisenverbandes steht ein Vertreter der Weltfirma Krupp, Herr von Bodenhausen. Wenn Herr von Bodenhausen die Preispolitik des Hoheisenverbandes erst einmal unter dem Gesichtspunkt, den wir eben entwickelt haben, betrachtet, wird auch die Abhilfe nicht ausbleiben. Noch ein letzter hoher Gesichtspunkt kommt in Betracht. Die Industrie muß in der Preisfrage ein Beispiel der Mäßigung geben. Dann werden andere Kreise folgen, ohne daß es der Festsetzung von Höchstpreisen bedarf.“

Diese Kritik hat eine weit über den besprochenen Vorfall hinausgehende Bedeutung, worauf wir zur gegebenen Zeit zurückkommen. Vorerst begnügen wir uns mit der Feststellung, daß die bekanntlich in Industriestagen gut informierte „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ nun auch Persönlichkeiten, die zu den allerersten Industriellen Deutschlands gehören, vorwirft, sie nützen die Kriegszeit zur weiteren Schwächung minderkräftiger Unternehmungen aus, verstärkten deren Notlage. Wenn das selbst jetzt geschieht, wo auch an den Ärmsten der Ruf zur vaterländischen Opferfreudigkeit ergeht, was haben wir dann später zu erwarten?

Die Hoffnung, das Roheisensyndikat würde seine Preissteigerung noch zurücknehmen, war auch auf Sand gebaut. Nicht nur soll der Preisaufschlag von 5 Mark pro Tonne für das laufende Vierteljahr beibehalten werden, sondern es wird eine neue Preissteigerung angekündigt! Es schreibt nämlich die „Rhein.-Westf. Stg.“ (12. November):

„Wie uns aus Verbraucherkreisen gesagt wird, verlangt das Roheisensyndikat für einen neuen Abschluß auf Hämatiteisen für Kriegszwecke eine weitere Preissteigerung, die noch über die für das 4. Quartal bereits vorgenommene Erhöhung hinausgeht. Wohin dieses Dilemma, das sich in der Entwicklung der Hoheisenpreise und der Preise für Fertigfabrikate zeigt, führen soll, ist nicht abzusehen. Die Preise für Stabeisen und Bleche sind bereits wieder annähernd auf Hundert Mark gelangt, während der Hoheisenpreis über seinen Höchststand noch hinausautomatisch steigt. Womit diese Hoheisenpreissteigerung gerechtfertigt wird, unterliegt der Beurteilung. Nach den Angaben der Werte sind dieselben mit Rohstoffen für die nächste Zukunft versehen. Da außerdem der Hoheisenbetrieb an sich auch eine Verteuerung durch den Krieg noch nicht herbeigeführt hat, so ist der umgekehrte Weg, den die Preise für Rohstoffe und Fertigfabrikate gehen, etwas unverständlich.“

Dem werksfreundlichen Blatt schwant Unheil. Es weiß, wie das Verhalten der Syndikatsherren wirken wird.

Unseren Kameraden, die sich leicht begreiflichen Hoffnungen für ihre zukünftige soziale Stellung hingeben haben sollten, kann nur sehr dringend angeraten werden, sich nach wie vor auf die gewerkschaftliche Selbsthilfe zu verlassen. Wir werden nach dem Kriege erst recht einen starken Bergarbeiterverband nötig haben.

Etwas über „die Engländer“.

Ein großer Teil der deutschen Presse bringt scharf zugespitzte Auslassungen gegen England; manche kann man leider von der Sucht, den Gegner an Feindseligkeit noch zu übertreffen, nicht freisprechen. Dagegen schreibt das Regierungsorgan, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, durchaus zutreffend:

„Den Feind mit dem wir auf dem Felde der Ehre die Kränze kreuzen, durch niedrige Schmähsilder und Schimpfreden anzugreifen, ist nicht vornehm und setzt die Ehre der Nation herab, die sich solcher Mittel bedient.“

Wer die Geschichte des englischen Weltmachtstrebens kennt, der weiß, daß alle die vorwiegend auf wirtschaftlichem Gebiete unternommenen hinterlistigen und brutalen Machenschaften englischerseits gegen uns, über die man in Deutschland, auch in der Arbeiterschaft, erbittert ist, Ausstrahlungen jenes rücksichtslos profitgierigen Geistes sind, der in der englischen Großkapitalistenklasse seine ältesten und markantesten Vertreter besitzt. Durch Seeräuberei, gewaltsame Unterjochung und (krupellose Auspressung fremder Völkernationen, vielfältige Brüche des geschriebenen und mehr noch des ungeschriebenen Völkerrechts, durch schamlose Ausbeutung auch der eigenen Landesgenossen (man denke an Irland und an die in den vierzig Jahren des vergangenen Jahrhunderts durch parlamentarische Untersuchungen festgestellten entsetzlichen Bergwerks- und Fabrikzustände) haben die englischen Geld- und Landlords ihr ungeheures „Nationalvermögen“ zusammengebracht. Ein Meer von Blut und Tränen hat es gekostet.

Nein Wunder darum, daß ein so eminent eindringlicher Forscher der älteren und der modernen Wirtschaftszustände wie Karl Marx mit Bezug auf den von ihm sorgfältig studierten englischen Kapitalismus das Urteil ausspricht:

„Mit entsprechendem Profit wird das Kapital lähn. Je höher Prozent sicher, und man kann es überall anwenden, umwanzig Prozent, es wird lebhaft; fünfzig Prozent, es wird positiv waghalsig; für hundert Prozent kämpft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß, dreihundert Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Gaiens.“

Dieser gewissenlose Profitgier hat schon mehrfach Kriege angezettelt und ausgenutzt zur Vernichtung oder doch wenigstens zur schweren Schädigung der industriellen und handelskapitalistischen Konkurrenten. Er hat Spanien und Portugal, Frankreich und die Niederlande gewaltam oder listig um ihre einst prähere Stellung im Welthandel gebracht, hat die irische Bevölkerung ausgepowert und massenhaft zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen, hat in England selbst schon den schwächlichen Bergwerks- und Fabrikriidern das Mark aus den Knochen gesogen — alles, damit der unheimliche Spinger nach Gold gestillt würde. Von derselben Seite aus sind auch in weit aussholender Einkreisarbeit die Minen gelegt worden, mit welchen jetzt Deutschland, dessen Volkswirtschaft und Welt Handelsstellung den englischen Kapitalisten „zu mächtig“ wurde, in die Luft gesprengt werden soll.

Aber das englische Volk als solches ist für diese Untat nicht verantwortlich zu machen! So wenig wie das russische Volk für die Kriegstreibererei der großrussischen „Estrussen“ oder das französische Volk für das fanatisierende Gekläue der innerpolitisch reaktionären Revanchepolitik. Zumal die englischen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben sich heftig gegen den Krieg gewehrt! Der Minister John Burns, ein alter Gewerkschaftsmann (Maschinenbauer von Beruf), hat protestierend das Ministerium verlassen! Hervorragende Arbeiterführer, wie MacDonald und Keir Hardie (Bergmann) haben kein Fehl aus ihrer Meinung gemacht, daß ihre Regierung keinen triftigen Kriegsgrund hat — eine Landesverteidigung gegen Deutschland kam nicht in Frage —, sondern imperialistisch-kapitalistischen Treibererei Vorschub leistete. Wenn sich inzwischen auch die englischen Gewerkschaftler, wie der in der vorigen Nummer dieser Zeitung veröffentlichte Aufruf der Organisationsleiter lehrt, entschlossen haben, die Seeresleitung zu unterstützen, so handeln sie aus einem nationalen Solidaritätsgefühl heraus, das wir nicht mißachten können. Wir täten jedoch ein bitteres Unrecht und begünstigten obendrein Sonderinteressen, die auch mit unseren vaterländischen und kulturellen Erfordernissen nicht zusammenfallen, wenn wir unterhändisch „die Engländer“ verdammen.

Für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands, die ja nun beweisen, daß sie sich als einen unerschrockenen Teil des Volkes fühlen, kommt aber noch etwas besonderes in Betracht, wenn wir unsere Stellung zu „den Engländern“ präzisieren wollen. In Großbritannien (England, Schottland, Wales, Irland) entwickelte sich das moderne Wirtschaftssystem am frühesten. Hier hallten darum auch die kapitalistischen und die Arbeiterinteressen zuerst und am erbittertesten aufeinander. Die Geschichte des britischen Kapitalismus ist auch die Geschichte beispiellos tapferer, opfervoller Kämpfe der britischen Arbeiter und Arbeiterinnen gegen rücksichtslose Ausbeuter. Als sich der britische Industrialismus und Welthandel in unbeschränkter Herrschaftstellung befand, das sogenannte „Nationalvermögen“ sich beispiellos vermehrte, da grifferte in der britischen Arbeiterwelt das größte materielle und moralische Elend! Und als sich dann, unterstützt von edel denkenden Männern aus anderen Gesellschaftsschichten, die Arbeiterschaft zur Wahrung ihrer Menschentwürde erhob, da bewies der „vaterländische“ Kapitalismus gegenüber den eigenen Landes- und Volksgenossen dieselbe profitgierige Rücksichtslosigkeit, wie gegen die „fremden Völker“. Mit Pulver und Blei, mit Kerkerketten und Deportation wurde gegen die aufstrebende englische Arbeiterschaft gewütet — im Namen der „Freiheit“ natürlich. Es bedurfte des ganzen Kampfes und des beispiellosen Opfermutes der Arbeiter, um in diesem auch weltgeschichtlichen Ringen zwischen Menschlichkeit und Profitgier allmählich der ersteren Boden zu gewinnen. Damals wurden die englischen Arbeiter- und Gewerkschaftsorganisationen

die Bahnbrecher und Preiskämpfer der modernen Arbeiterbewegung, also auch der deutschen Arbeiterschaft. Sie wiesen uns die Wege der gewerkschaftlichen Selbsthilfe, sie gaben uns das Beispiel einer aufopferungsfähigen Kameradschaftlichkeit. „Die Engländer“ waren es auch, die namentlich im Bergarbeiterberufe den Grundstein legten zu einer internationalen brüderlichen Verständigung der Berufsgruppen zwecks Wahrung und Förderung ihrer beruflichen Interessen. Wohl war die Verständigung anfänglich äußerst schwer, Erziehung, Gewohnheiten, Sprache usw. der einzelnen Nationalgruppen sind eben grundverschieden. Aber schließlich wurden diese Schwierigkeiten meistens überwunden, eine kollegiale Gemeinschaftsarbeit griff mehr und mehr Platz. Dabei haben wir unsere britischen Kameraden als tüchtige Menschen, als zuverlässige Kameraden ersten Grades wiederholt. Besuche namhaft britischer Bergarbeiterführer in Deutschland, unserer alten Freunde Robert Smillie, Thomas Ashton, Alfred Dunsen usw., haben, wie wir wissen, auch das Verständnis und die Achtung des deutschen Volkes in den Reihen unserer Kameraden jenseits des Kanals sehr gefördert und vertieft. Wir konnten uns davon bei wiederholten Besuchen in Großbritannien überzeugen.

Wenn auch der schreckliche Krieg diese Beziehungen unterbrochen hat, wenn wir auch lesen, daß mit dem Fortschreiten des Krieges seitens des größten Teiles der englischen Presse (der kapitalistisch-imperialistisch beherrschten) größeren und traurigen Einfluß gewonnen hat, so werden wir trotzdem niemals vergessen, was die deutschen Gewerkschaftler ihren englischen Preiskämpfern zu danken haben! Wir können und werden nicht vergessen die schönen Tage und Wochen, die wir im Kreise unserer britischen Kameraden und sie in Deutschland mit uns verlebten. Die kapitalistischen Unternehmer aller nun im Kriege befindlichen Reiche werden sich nach dem Kriege wieder finden und verständigen, unbeschadet ihrer nationalen Herkunft; das erfordert ihr wirtschaftliches Interesse. So auch erfordert es das wirtschaftliche Interesse der Arbeiter, auf die Wiederherstellung der brüderlichen Beziehungen zu den ausländischen Berufsgruppen ernstlich Bedacht zu nehmen und sich nicht von dem so sehr begründeten Widerwillen gegen die britischen Kriegstreiber zu ungerechten Verallgemeinerungen verleiten zu lassen. Auch die Regierungen der nun im Kriege befindlichen Reiche werden sich wieder einmal zu friedlichen Aktionen zusammenfinden. Diese sind dann um so dauerhafter, wenn sich die Staatenleiter auf erblickende Volksmehrheiten stützen können, denen die Achtung vor den anderen Volksgemeinschaften nicht im Kriegszustand verloren ging. Deshalb dürfen wir nicht „die Engländer“ ohne weiteres, sondern nur die profitierenden Kriegstreiber für den gefährlichen Krämerkrieg gegen uns verantwortlich machen.

Wir dürfen auch nicht vergessen, daß sowohl militärisch wie volkswirtschaftlich nicht England, sondern Rußland unser gefährlichster Feind ist. Es besteht die unabsehbar große Gefahr, daß dies im deutschen Volk bekannt wird. Weiterblickende Deutsche besürchten dies. Worauf es ankommt, das hat noch am 6. November die nationalliberale „Kölnische Zeitung“ richtig mit folgenden Sätzen ausgesprochen:

„Es wäre ein schlimmer Fehler, wenn wir uns auf einen glimpflichen Frieden mit den Moskowitern einließen, in der Annahme, das Ungewisse könne ja doch immer wieder in seine Schlingen zurückgleiten und sei daher für uns nicht zu fassen. Wir wollen unserem Vaterlande eine hundertjährige Friedenszeit erkämpfen. Dazu muß der sittliche Barbarenstaat durch vernünftige Schlage die Erfahrung gemacht haben, daß es ein unmögliches Unternehmen für ihn ist, das neben ihm lebende Kulturvolk anzugreifen, und daß der einmal in verblendeter Torheit unternommene Versuch ihn um Jahrzehnte in seiner Entwicklung zurückgeschleudert hat.“

Partei und Gewerkschaften zur Nahrungsmittelversorgung.

Die Generalkommission der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteivorstand haben am 4. November an das Reichsamt des Innern eine Eingabe gerichtet, in der noch einmal dringend die zur Nahrungsmittelversorgung erforderlichen Maßnahmen befristet werden. Die Eingabe hat folgenden Wortlaut:

„Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und der Vorstand der sozialdemokratischen Partei, deren Vertreter an den Erörterungen über die Preisfestsetzungen für Getreide im Reichsamt des Innern teilnahmen, erkennen grundsätzlich die Notwendigkeit der von dem Bundesrat getroffenen Maßnahmen an.

Leider sind wir insofern enttäuscht, als die Höchstpreise viel zu hoch angesetzt sind. Berücksichtigt man, daß die Ernte nicht ungünstig ausfiel und die Aufwendungen der Landwirte nur in einzelnen Distrikten das Maß des Üblichen überschreiten, so rechtfertigen die festgesetzten Preise sich keineswegs. Sie gehen weit über die der lebenden Generation bekannten Preise hinaus. Selbst in dem Jahre 1891, als Deutschland eine Missernte hatte

und die Einfuhr aus Rußland durch Ausfuhrverbote unmöglich war, erreichte der Durchschnittspreis in Berlin für Roggen nur 211 Mk. und für Weizen 224 Mk. In den letzten zehn Jahren — 1904 bis 1918 — war der Durchschnittspreis für Roggen 187,45 Mk. und für Weizen 201,60 Mk.

In einer Zeit, wo Millionen von Menschen schwere Opfer bringen, sei es im Kriegsdienst oder durch wirtschaftliche Leiden, kann nicht ein Teil der Bevölkerung ein besonderer Gewinn aus dieser Notlage zugefanden werden. Wir bedauern in hohem Maße, daß die Preisfestsetzungen so spät kamen und in den wirtschaftlich interessierten Kreisen nicht das Empfinden dafür vorhanden ist, in diesen Zeiten keine besonderen Profite zu machen.

Es ist uns bekannt, daß die Interessenten erklärt haben, daß bei den schon abgeschlossenen Käufen, wenn die Preise stark herabgesetzt werden, große Verluste eintreten müssen. Wir glauben, daß die Spekulanten, die an der Preistreibererei Schuld sind, keine Rücksicht bei der Preisfestsetzung verdienen. Wer sich in solche Spekulation begibt, mag auch die Folgen tragen. Die Verordnungen hätte aber auch zurückgreifen können auf alle abgeschlossenen Käufe oder noch nicht vollzogenen Lieferungen. Auch jetzt wäre es noch an der Zeit, die Preise herabzusetzen. Wenn aber dieser Weg nicht mehr gangbar erscheint, so müßte die Regierung die Verordnung dahin erweitern, daß für die Folgezeit die Preise langsam herabgesetzt werden und daß die noch nicht verkauften Mengen, die sich noch im Besitze der Landwirte befinden, zu einem erheblich minderen Preise zur Verfügung gestellt werden müssen. Vor allem sollten solche Anläufe der Staat und die Gemeinden vornehmen, um diese Vorräte zu geeigneter Zeit zu mäßigen Preisen auf den Markt zu bringen.

In Kreisen der Landwirte, die das Ungelände der Preistreibererei einsehen, würde sich hiergegen kaum ein Widerstand geltend machen; sie können dabei immer noch Preise erhalten, die gegen die Preistreibererei dringend des Schutzes bedürfen, bitten wir, es bei der Verordnung nicht zu belassen, sondern eine Ergänzung vorzunehmen, die unseren Vorschlägen entspricht und sicherlich auf die Zustimmung aller Kreise rechnen kann, die an der Preistreibererei kein Interesse haben.

Wenn wir uns gegen diese Höchstpreise für Getreide wenden, so mit der gleichen Entschiedenheit dagegen, daß im künftigen Jahre dieser Preis pro Monat noch um 3 Mark erhöht werden soll. Dafür liegt auch nicht der Schein einer Verdächtigung vor. Die Berechnung mit den vorausgegangenen Jahren ergeben, daß die Preise vom November 1912 bis April 1913 nach den Zusammenstellungen der Vierteljahreshäfte zur Statistik des Deutschen Reiches eine fallende Tendenz zeigen. Nach diesen Veröffentlichungen des Reichsstatistischen Amtes betragen in

	Roggen	Weizen
1912 Oktober	180,20 Mk.	211,50 Mk.
1912 November	176,90 "	205,80 "
1912 Dezember	174,80 "	205,50 "
1913 Januar	170,70 "	196,80 "
1913 Februar	166,40 "	184,90 "
1913 März	161,70 "	194, — "
1913 April	162,20 "	201,80 "

Die Preisfestsetzung des Bundesrats würde also für Ende 1915 einen Roggenpreis von 256 Mk. und einen Weizenpreis von 296 Mk. in Aussicht stellen. Diese Maßnahme stellt an die Bevölkerungskreise, die heute von der Last der wirtschaftlichen Unbill niedergedrückt werden, eine unerhörte Zumutung, die mit tiefer Erbitterung empfunden wird. Dabei sind diese Preisfestsetzungen, die der Preistreibererei noch weiten Spielraum lassen, nicht einmal so weit durchgeführt, daß auch die Höchstpreise auf die Preistreibererei für Mehl legen, um abzuwarten, bis hier die Regierung die nötigen Maßnahmen ergreift, denn das Beispiel der Preisfestsetzung für Getreide ist keine Abschreckung für das spekulative Treiben jener Kreise. Die arbeitende Bevölkerung sollte erwarten können, daß ihre Interessen eine andere Würdigung erfahren, als mit diesen Anordnungen, die eine neue, millionenschwere Last auf ihre Schultern legt, gegen die die ganze Preistreibererei der Zollpolitik nur ein Kinderpiel ist.

Mit der Preisfestsetzung für Getreide steht im engen Zusammenhang die für Hülsenfrüchte. Auch hier sind im Detailhandel hohe Preise üblich, die einen großen Teil der Arbeiterschaft zwingen, auf diese nahrhafte Kost zu verzichten, weil die Preise unerträglich sind.

Im Gegensatz zu dem zögernden Vorgehen in der Preisfestsetzung für wichtige Konsumartikel hat die Entschlossenheit und Schnelligkeit überrascht, mit der die Reichsregierung die Zuckerpreise festgesetzt hat. Allerdings bestand hier die „Gefahr“, daß der Konsument den Zucker zu billig bekommt. Der Ueberfluß an Zucker, der Preisdruck, ließ das Interesse der Produzenten in den Kreisen der Regierung wohl viel drohender erscheinen, als wenn Millionen der Konsumenten eine Beute von Spekulanten werden. Der Durchschnittspreis für Rohzucker betrug 1913 für den Doppelzentner 18,50 Mk. Die Regierung garantiert heute den Produzenten den Preis von 19 Mk. Diese Festsetzung des Preises in Verbindung mit der Kontingentierung der Zuckerproduktion verrät eine Fürsorge für die Zuckerprodu-

zenten, von der wir wünschen, sie bestände in gleichem Maße für die arbeitende Bevölkerung.

Wir weisen heute schon auf die bald eintretenden, sehr schnellen Preiserhöhungen für Vieh und Fleisch hin; greift hier die Regierung wiederum so spät ein wie bei den Getreidepreisen, so haben wir abermals mit einer schweren Schädigung der konsumierenden Bevölkerung zu rechnen. Viel rationeller erscheint es uns, auch die Zuckerrüben, soweit sie für die Produktion des Verbrauchs anders nicht in Betracht kommen, der Viehfütterung dienlich zu machen. Nicht aber durch die Zearbeitung zu Melasse ein teures Viehfutter zu schaffen, bei der die Zuckerrüben erst ihre Nebenvennen in Abzug bringt.

Ferner richten wir nochmals die Aufmerksamkeit auf die Preisfestsetzung für Kartoffeln. Wir erkennen sehr gern an, daß die Militärverwaltung in einigen Bezirken schnell eingegriffen und die Preisfestsetzung vorgenommen hat, die erfreulicherweise mehr die Interessen der Konsumenten wahrnimmt, als die Bundesratsverordnung bei der Preisfestsetzung für Getreide. Aber diese Maßnahmen beschränken sich nur auf einige Bezirke, die allgemeine Verordnung kann nicht länger zurückgestellt werden, wenn nicht für die Bevölkerung dieselben schweren Nachteile entstehen sollen, wie bei der Festsetzung der Getreidepreise. Die Festsetzung eines Höchstpreises für Kartoffeln und Stärkemehl ist im Hinblick auf die wüsten Preistreibererei dringend notwendig. Die Verordnung des Bundesrats, Kartoffelmehl als Zusatz bei der Brotfabrikation zu verwenden, hat den Preis für Kartoffelmehl bereits auf die Preishöhe für Roggenmehl getrieben.

Wir bitten, daß sich das Reichsamt des Innern von der Auffassung befreien möge, als ob solchen Treiberen mit Ermahnungen begegnet werden kann, die zur Mäßigung raten. Diese Interessentengruppe ist dafür bekannt, daß sie ohne Rücksicht auf das Allgemeininteresse nur ihre Vorteile zu vertreten gewohnt ist.

Wir bitten deshalb, unsere Vorschläge zu berücksichtigen und nicht zögernd an Maßnahmen heranzutreten, die heute der gesamten Bevölkerung zum Schutze dienen müssen.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Wo ist der opferfähige Idealismus?

In Ergänzung unseres ersten Leitartikels sei auch mitgeteilt, wie sich nach der „Frankfurter Zeitung“ die Preistreiber in der Metallindustrie betätigten. Es folgten

	vor dem Ausbruch des Krieges	jetzt
Kupfer	125—128 Mk.	220 Mk.
Aluminium	100 "	450—500 "
Antimon	45 "	200—210 "
Nickel	825 "	550—500 "

Ist das keine skandalöse Preistreibererei? Letzten Endes müssen die ärmsten Konsumenten und Steuerzahler für diese Wucherpraktiken bezahlen.

Die Kohlenproduktion Deutschlands

In den ersten beiden Kriegsmoateten weist im Vergleich zum Vorjahre einen Fehlbetrag von rund 14 Millionen Tonnen Steinkohlen und 1 1/2 Millionen Tonnen Braunkohlen aus. Die Förderung betrug, in britischen Millionen Tonnen:

	im August	im September
	1913	1914
Steinkohlen	16,54	8,47
Braunkohlen	7,25	4,37
Rohs	2,74	1,52
Steinkohlenbriketts	0,50	0,26
Braunkohlenbriketts	1,87	1,12

Wie ersichtlich, bessere sich die Förderung im September schon, die Besserung wird voraussichtlich anhalten. Der Ausfall schreibt sich her aus Arbeitermangel und Stöckung des Güterverkehrs.

Schweizer Bergwerks-Berein.

Dem Geschäftsbericht für 1913/14 entnehmen wir: Zur Deckung der von der Interessengemeinschaft Buxbad-Gisch-Dübelingen garantierten zehnprozentigen Dividende von 3,8 Millionen Mark, der Abschreibungen von 3,5 Millionen Mark und der vertragsmäßigen Gewinnanteile von 120 3/5 Mk., der Aufsichtsratsvergütung von 255 3/5 Mk., der Ueberweisung an den Arbeiter-Unterstützungs- und Beamten-Pensionsfonds 60 000 Mk. und der Beamtenbeihilfen von 98 380 Mk. werden auf Gewinn- und Verlustkonto 7 834 040 Mk. als Anteil an der Interessengemeinschaft gutgeschrieben. Die Kohlenförderung betrug im ganzen 3 360 142 T., gegen 3 098 441 T. im Vorjahr. Die Kohlerzeugung betrug 947 347 T., gegen 970 392 T. im Vorjahr, die Erzeugung an Briketts 99 995 T., gegen 93 150 T. im Vorjahr, und an Rohsteinen 50 178,5 T., gegen 57 490 T. im Vorjahr. Verkauf wurden: Kohlen 1 571 013 T., Rohs 947 587 T., Briketts 90 728 T., Mohls 45 258 Tonnen. Die Durchschnittspreis für Kohlen stiegen um 2,2 Prozent, für Rohs um 3,7 Prozent, für Briketts um 8,3 Prozent. Die Ergebnisse der Gütenabteilung wurden besonders beeinflusst durch die stark wachsenden Preise. Der Gesamtumsatz betrug 50 793 163 Mk. Der erste Monat des neuen Geschäftsjahres brachte der Bergbaubehörde das gleiche Ergebnis wie im entsprechenden Monat des Vorjahres, bei der Gütenabteilung zwar guten Erfolg, aber schlechte Preise. Die Kriegserklärung hatte zunächst die Gütenabteilung umgehört der Hälfte unserer ganzen Belegschaft zur Folge, dann die gänzliche

Entwicklung des Unterseebootes.

Zu den wirksamsten Waffen im modernen Seekrieg gehört zweifellos das Unterseeboot. Ein kleines, zierliches Ding, mit einem Dutzend Leuten bemannt, bildet es die gefährlichste Gefahr für die gepanzerten Riesenschiffe, die die Meere beherrschen sollen. Es ist interessant, die Entwicklung zu verfolgen, die von der Taucherglocke, der ersten primitiven Wache, Menschen und Gegenstände trocken unter Wasser zu bringen, bis hinauf zum modernen, mit allen Raffinementen der Technik ausgestattetem Unterseeboot führt. Ein in der „Welt der Technik“ veröffentlichter Artikel gibt an der Hand zahlreicher Illustrationen eine solche Uebersicht, der wir folgende Einzelheiten entnehmen:

Das erste, jemals konstruierte, wenn auch vielleicht niemals praktisch ausgeführte Unterwasserboot hatte einen Engländer zum Erfinder, der darüber 1578 nähere Mitteilungen machte. Dieses Boot hatte verstellbare Querswände, während seine Außenwände mit Löchern versehen waren, durch die Wasser einströmen konnte. Schraubte man nun die Querswände zurück, so saugte man Wasser ein und das Boot mußte sinken. Wurden die Wände wieder nach außen geschraubt, so wurde das Wasser wieder verdrängt und das Boot hob sich. Die Luft sollte durch einen hohen Pfeil zugeführt werden, der jenseits des Tiefgangs des Schiffes heimtückte.

Verbürgt ist die Erzählung von zwei Booten, die der holländische Arzt Cornelius van Drebbel im Jahre 1620 baute. Er stellte damit auf der Themse seine Versuche an und soll mit einem derselben von Westminster nach Greenwich unter Wasser gefahren sein. Dieses Boot war mit zwölf Rudern ausgestattet, die mittels Leder in den Seitenwänden befestigt waren. Der hölzerne, mit gefestetem Leder bekleidete Bootkörper lag fast überflutet im Wasser und wurde durch die Rudern unter Wasser gedrückt. Besonders interessant ist die Mitteilung, daß Drebbel den Rudern die Luft durch Glasröhren konzentrierter Luft aus einer Flasche mit „chymical liquor“ zuführte.

Das nächste Jahrhundert brachte in der Technik der Unterwasserboote bereizende Fortschritte, bis dann 1775 von Bushnell ein Tauchkriegerzeug verwendet wurde, das sich praktisch bewährte und sogar schon durch eine Art Schraubenmotor getrieben und gesteuert, nachdem es durch einen so viel Wasser aufgenommen hatte, um einen gewissen Tiefgang zu bekommen. Das Wasser konnte durch Handpumpen wieder

entfernt werden; für den Notfall war eine abbläsbare Belastung mitgeführt. Getrieben wurde das Boot durch ein Spindelruder am hinteren Ende. Die Luft genügte für eine halbe Stunde. Dieses Boot fand im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg Verwendung. Es wurde unter das englische Kriegsschiff „Gage“ getaucht, um dieses durch eine Pulverladung zur Explosion zu bringen. Der Versuch mißlang jedoch infolge der mangelnden Ueberlegung und Kühnheit des Führers. Immerhin haben wir in diesem ersten Boote, das Explosionsstoffe mit sich führte und durch eine Art Schraubenpropeller angetrieben wurde, den direkten Vorgänger unseres Torpedos stückenden Unterseebootes.

Einen weiteren Fortschritt bedeutete das von dem Amerikaner Robert Fulton während seines Aufenthalts in Frankreich 1801 gebaute Unterseeboot, das gleichfalls gegen die Engländer Verwendung finden sollte. Es hatte einen durch Kupfer und Eisen verstärkten Schiffkörper, ein Horizontalruder, einen schweren, im Notfall abzulösenden Kiel und einen Ausguckerturm am hinteren Ende. Als und Aufstieg erfolgte durch Mehrreinehmen von Wasser und Heraustrücken desselben durch Pumpen, die Vorwärtsbewegung durch einen mittels Handrad in Bewegung gesetzten Propeller. Das Boot konnte bereits mehrere Stunden unter Wasser bleiben.

Eine wesentliche Förderung erhielt der Unterseebootbau durch den Deutschen Bauer, der zunächst bergabwärts versuchte, die Unterstüfung der verschiedenen europäischen Regierungen für seine Pläne zu erhalten. Er baute dann in Kiel im Jahre 1850 den 26 Fuß langen „Plongeur marin“, der mehrere glückliche Fahrten im Kieler Hafen unternahm, dann aber, als er gelegentlich des deutsch-dänischen Krieges die dänische Blockade in die Luft sprengen wollte, auf den Meeresgrund sank. Die Mannschaft wurde durch einen glücklichen Zufall gerettet. Es barst nämlich nach vier Stunden eine Luke und die heftig ausströmende Luft schleuderte alles an die Oberfläche. Später wurde auch das Boot selbst gehoben, das jetzt im Museum für Meereskunde in Berlin zu sehen ist.

1863 wurde in den Vereinigten Staaten von dem Ingenieur Attila das erste Boot konstruiert, das mechanischen Antrieb hatte. Ueber Wasser wurde es durch eine Dampfmaschine, unter Wasser durch einen Motor getrieben. Dieses gemischte Antriebsmittel findet sich noch bei den modernsten Booten. Während des amerikanischen Bürgerkrieges wurden mehrfach Unterseeboote benutzt, von denen es einem aus gelang, eines der besten Schiffe der Flotte zu versenken durch eine Mine zum Sinken zu bringen. Die Unsicherheit der damaligen Unterseeboote

brückt sich in dem Namen „Der wandelnde Sarg“ aus, der einem dieser Schiffe, das 85 Mann das Leben gekostet hatte, beigelegt wurde.

In den achtziger Jahren wurde dann zum ersten Male Elektrizität als Triebkraft benutzt, ein großer Fortschritt gegen die bisherigen Systeme, da die in Akkumulatoren aufgespeicherte elektrische Kraft die Luft weder verbraucht noch überfließt. Unmählich vervollkommnete sich die Steuerung der Boote; das Periscop, das erlaubt, von unter Wasser aus den Horizont abzuforschen, wurde erfunden, für den Oberflächendienst ein kleiner Aufbau und die Laufbrücke geschaffen.

Das moderne Unterseeboot wird über Wasser durch Explosionsmotoren, unter Wasser durch Elektrizität angetrieben. Es hat eine Oberflächengeschwindigkeit von 11 bis 16 Knoten und eine Unterwassergeschwindigkeit von 7 bis 10 Knoten und kann sich mit größter Leichtigkeit in horizontaler und vertikaler Richtung bewegen. Es hat eine Luftschleuse, durch die ein Mann im Taucheranzug das Boot verlassen kann, um Minen zu zerstören. Es ist häufig mit drahtloser Telegraphie ausgestattet. Auch an Rettungseinrichtungen für den Fall eines Aufstehens fehlt es nicht. Die neueste Erfindung auf diesem Gebiete ist ein Taucherhelm, der in einer halben Minute angelegt werden kann und mit Sauerstoff, ausreichend für 1 1/2 Stunden, versehen ist. Zusammengelegt kann er als Rettungsmittel dienen. Im erghin gehören Katastrophen im Unterseeboot noch nicht zu den Seltenheiten und die Aufmerksamkeit wird weiter darauf zu richten sein, sie immer mehr zu vermeiden.

Die Handgranate.

Wie schon im russisch-japanischen Feldzuge, gelangt auch in dem gegenwärtigen Kriege die Handgranate in großem Maße zur Verwendung. Sie bildet eine eiserne Hohlkugel von etwa 10 Zentimetern Durchmesser im Gewicht von 1 1/2 Kilogramm. Sie ist mit einem Explosivstoff, mit Eisenstückchen und Nägeln gefüllt, hat einen hölzernen Handgriff und einen Sicherungsmechanismus. Die Granate besteht weiterhin eine Sandhülle, die gestattet, sie am Gürtel oder an der Patronentasche zu befestigen. Sie trägt außerdem ein lebernes Band, der dem Zwecke dient, der Granate die beim Fluge erforderliche Stabilität zu geben, damit sie eine festgeschriebene Flugbahn einhält und mit der inneren Seite auf den Boden aufschlägt. Beim Aufstreifen explodiert der Sprengstoff und die Eisenladung wird nach allen Richtungen weggeschleudert, nur nicht nach der des Granatenmuffers.

Einstellung des Güterverkehrs. Unter Schwierigkeiten gelang es, die Kruden in Betrieb zu halten; dagegen mußten die Kohlerien zum größten Teil stillgelegt werden. Es betrug die Förderung im August gegen Juli 6,3 an Kohlen 108 589 T. Bis auf rund 26 000 T., die zum Versand gelangten, mußten die sämtlichen Mengen auf die Straßen gestürzt werden; im September wurden die Eisenbahn-Nebenstrecken und in beschränktem Umfang auch der Kohlensand nach Luxemburg freigegeben. Die Förderung ist inzwischen wieder langsam gestiegen und beträgt zurzeit schon annähernd die Hälfte der normalen. Die Güterabteilung war gezwungen, einige Betriebe einzustellen. So steht vorläufig Werk Rimpfen und das Ehrenfelder Hüttenwerk ganz, während Concoridiütte mit den vorhandenen Erzen bis heute noch weiter arbeiten konnte, Werk Aue zur Hälfte, ebenso das Weiswitzer. Auch halten die Brüdenbauanstalt und Hammer-Schmelze den Betrieb mit der noch übrig gebliebenen Mannschaft aufrecht.

Aus den Unternehmerverbänden.

Insoziale Beschlüsse der Tapetenfabrikanten.

Auffsehen erregende Beschlüsse hat der Verband deutscher Tapetenfabrikanten gefaßt, die er in den letzten Tagen in einem Rundschreiben an die deutsche Gändlerschaft bekannt gibt. Hiernach sind sämtliche Mitglieder des Verbandes verpflichtet, neue Ware und neue Musterrollen bis 1. August 1915 nicht zu liefern. Dieser Beschluß gilt nicht nur für Deutschland, sondern auch für das gesamte Ausland. Bereits gelieferte neue Ware oder Musterrollen aus der Musterwahl 1914/15 dürfen von Gändlern vor dem 1. August 1915 nicht zum Verkauf gebracht werden. Jedes Mitglied ist verpflichtet, seine Musterwahl 1914/15 für das nächste Geschäftsjahr 1915/16 unverändert fortzusetzen zu lassen. Die Mitglieder dürfen also keine neuen Muster hinzusetzen oder Änderungen in irgend welcher Art an der neuen Musterwahl vornehmen. Vor Pfingsten 1915 darf kein Mitglied des Verbandes deutscher Tapetenfabrikanten mehr reisen lassen; bis dahin ist jeder Besuch der Gändlerschaft mit Musterwahl verboten. Die neuen Musterrollen für den Sommerbezug dürfen keinesfalls vor dem 1. September 1915 herausgegeben werden. Beschlüsse gegen diese Beschlüsse durch ein Mitglied des Verbandes deutscher Tapetenfabrikanten sollen mit einer Buße von 500 Mark bestraft werden. Diese Beschlüsse sind von Sparmaßnahmen Rücksicht blickend. Die Unternehmer wollen an neuen Musterrollen und an der Anfertigung neuer Formen sparen; die alten Muster sollen weiter verkauft werden. Was bedeuten nun diese Beschlüsse der deutschen Tapetenfabrikanten? Große Arbeitslosigkeit für die Arbeiter! Insgesamt können ca. 8000 Arbeiter dieser Branche dadurch arbeitslos werden. Besonders werden von diesen Maßnahmen der Tapetenfabrikanten die deutschen Formstecher betroffen. Es wird ihnen vollständig die Möglichkeit genommen, sich in ihrem Beruf ihr Brot zu verdienen. Schon vor Ausbruch des Krieges befanden sich die Angehörigen der Formstecherbranche in einer geradezu trostlosen Lage und jetzt sind beinahe alle in ihrem Beruf arbeitslos. Wohl gelang es einem Teil der jüngeren, vorübergehend in anderen Berufen Unterschlupf zu finden, im allgemeinen sind jedoch die Formstecher von großer Arbeitslosigkeit heimgekehrt. Es entfällt daher die Frage, ob sich diese Beschlüsse des Verbandes deutscher Tapetenfabrikanten mit der Mahnung der Regierung an die Unternehmer verträglich, alles zu tun, um das geschäftliche Leben im Gang zu halten und möglichst viel Arbeitsgelegenheit zu schaffen, um so die große Not, die der Krieg über das gesamte Wirtschaftsleben gebracht hat, zu lindern.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Arbeitslosigkeit infolge des Krieges

tritt deutlicher in Erscheinung, wenn wir die Arbeitslosenziffern der Gewerkschaften in Friedens- und Kriegszeit vergleichen. Nach der im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichten Statistik, an der sich freie, christliche und kirchlich-ökumenische Organisationen beteiligten, wurden von den berichtenden Verbänden gemeldet:

	im 3. Quart. 1914	im 3. Quart. 1915	Abnahme + Zunahme
erfaßte Mitglieder	1 384 586	2 081 888	+ 696 747
Fälle von Arbeitslosigkeit	528 688	140 605	- 388 078
Arbeitslose am Schlusse	216 603	27 525	- 189 078
Arbeitslosentage	12 895 164	1 841 042	- 11 054 122
unterstützte Personen	892 428	68 202	- 824 131
Unterstützungstage	8 768 738	1 091 674	- 7 677 060
Unterstützungssumme in Mark	9 657 288	1 687 608	- 7 969 680

Diese hohen Zahlen lassen so recht deutlich die tief einschneidende Wirkung des Krieges auf die Gewerkschaften erkennen. Der Mitgliederabnahme, als Folge der Einberufung zu den Waffen, steht die kolossale Steigerung der Arbeitslosenziffern gegenüber. Im 3. Quartal 1914 wurden nicht weniger als 9 657 288 Mk. von 89 Organisationen an Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt. Das sind 8 019 680 Mk. mehr als im 3. Quartal 1912 für die Arbeitslosen am Orte ausgegeben wurde. Das sind gewaltige Summen, die jetzt unsere Gewerkschaften ausgeben, um das Massenelend einzudämmen. Das zehrt von Opfermut, denn außer den üblichen Wochenbeiträgen haben sich die arbeitenden Mitglieder der freien Gewerkschaften durch Zahlung von Extrabeiträgen noch freiwillig Opfer aufgelegt, damit die Gewerkschaftskassen nicht ganz geschwächt werden. Wenn man so sieht, wie mühsam Mark für Mark bei diesen teuren Zeiten zusammengetragen wird, so muß man das ganz entsetzliche Verurteilen, wenn Gemeinden, die jetzt vorübergehend Arbeitslose aus öffentlichen Mitteln unterstützen, die erhaltene Gewerkschaftsunterstützung ganz oder teilweise in Abzug bringen. Die Gemeinden zahlen keinen Pfennig zum Verbandsbeitrag, folglich haben sie auch kein Recht, den organisierten Arbeitslosen, die von ihrer Gewerkschaft unterstützt werden, etwas zu kürzen. Deshalb alle Arbeitslosen, gleichviel ob organisiert oder nicht, die gleichmäßige Unterstützung aus öffentlichen Mitteln!

Der „Landaarbeiter“ über den Krieg.

Der „Landaarbeiter“, Organ des deutschen Landaarbeitersverbandes, eine freie Gewerkschaft, die ein ganz besonderes schweres Feld zu bearbeiten hat und schon schon Erfolge verzeichnet, läßt sich in seiner Monatsberichtsabgabe über den Krieg, seine Ursachen und Wirkungen aus und kommt dann auf gewisse Meinungsverschiedenheiten zu sprechen. Er protestiert gegen die Verleumdung der deutschen Soldaten in der Auslandspressen und schreibt weiter:

„Leider gibt es auch in Deutschland Leute, die mehr Mitleid haben mit einem umgekommenen Soldaten, als mit zehn gefallenen deutschen Soldaten. Man ist im Zweifel, ob man die Förderer dieser Stimmung mehr aus der Tatsache befragen soll, daß ihre Wiege einst in unbekanntem Gebiete von Wolken aus oder von Bodensand stand, oder aus ihrem völligen Mangel an Verständnis für die Auffassungen der sozialistischen Arbeiter in Deutschland. Eine Politik, wie sie von diesen erfreulicherweise verschwindend wenigen Kreisen angestrebt wird und wie sie beispielsweise in einem Artikel eines kleinen holländischen, in der sozialdemokratischen Partei völlig abseits stehenden Blattes von einem den deutschen Arbeiter nicht unbekanntem Namen empfohlen wird, machen die sozialistischen Arbeiter in Deutschland, machen vor allem die auch gewerkschaftlich und genossenschaftlich geschulten Arbeiter nicht mit.“

Die deutschen Gewerkschaften haben ein großes Interesse an Bestehen einer starken sozialdemokratischen Partei, die in den Parlamenten die Forderungen der Arbeiter vertritt und durchsetzt. Sie sind daher auch interessiert, daß diese Partei nur eine Politik treibt und eine taktische Haltung annimmt, die im Einklang steht mit den Wünschen und Interessen der deutschen Arbeiterklasse. Genau so, wie die französischen Sozialdemokraten bereits am 2. August, also lange bevor sie wissen konnten, was die deutsche Sozialdemokratie tun wird, das Recht für sich in Anspruch nahmen, nicht nur für die französischen Kriegskriegskrieg, sondern auch für den Krieg gegen Deutschland zu kämpfen, obwohl die französischen Führer darüber nicht im Zweifel waren; daß lediglich die von der englischen Regierung genährte Revanchepolitik einer französischen Machthaber dem deutschen Volke die russischen Soldaten, die Jarenichergen an den Hals geholt hatten, ebenso hatte auch die deutsche Sozialdemokratie nur das Recht, sondern die Pflicht, ihren Willen für die Verteidigung der bedrohten Nation und des Vaterlandes einzusetzen.

Die deutschen sozialistischen Arbeiter haben noch immer verstanden, ihren Sinn auf das zu richten, was dem Aufstieg ihrer Klasse nützen

kann. Sie werden auch mit den störenden Elementen fertig werden, die sie einer Abenteuerpolitik ausliefern wollen. Das mögen sich alle diejenigen merken, die heute am Werke sind, mit ihren theoretischen Galbaderien und von der eingehaltenen Marschrichtung abzudrängen!“

Außenwirtschaft in Ostpreußen.

Während unsere gewerkschaftlichen Organisationen auch in dieser schweren Zeit allgemein in durchaus anerkenntniserwartender Weise funktionieren, sind sie in jenen Distrikten, die von feindlicher Invasionsfront nicht freiblieben, völlig aufgelöst. Der Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes, Fritz Paepflow, hat im Auftrage seiner Organisation das durch den Krieg verwüstete Ostpreußen besucht. Seinem sehr interessanten Bericht, den er im „Grundstein“ veröffentlicht, entnehmen wir hier einen Teil, der sich auf die gewerkschaftlichen Organisationen bezieht. Es heißt dort:

„Und nun unsere Organisation! Ach, wo sind die so kräftig aufblühenden Zweigvereine geblieben? Auch sie sind bis auf einige auf der Flucht! Mehr als in jedem anderen Landesteil sind natürlich in Ostpreußen sofort alle wehrfähigen Männer eingezogen worden; hat doch der Landsturm den ersten Andrang der Russen abwehren müssen. Von dem an Schluß des zweiten Quartals gezählten Mitgliedsverhältnis unseres Verbandes war bis zum 12. September fast die Hälfte eingezogen. Ein großer Teil der nicht eingezogenen Kollegen ist sofort bei Ausbruch des Krieges nach Königsberg und an anderen festen Orten zur Schanzarbeit gegangen, wo sie in ihrer Bewegungsfreiheit ebenso gehalten werden wie die Soldaten, also sich um die Organisation kaum kümmern können. Und der Rest — bis auf wenige Hundert — ist gestreut, hierhin und dorthin verstreut. In einigen Orten hatten sich die Kollegen schon wieder versammelt, und da sie inzwischen hören und sehen konnten, daß der Deutsche Bauarbeiterverband noch lebt und gar nicht daran denkt, seine Tätigkeit einzustellen, werden sie sich wohl auch darauf besinnen, daß sie die Pflicht haben, das begonnene Werk nach Kräften fortzusetzen. Auch hier gibt es viele Trümmere, die nicht einmal durch „Rückläufer“ während des Krieges in Ordnung gebracht werden können. Da nun erst der Feinde die Wunden heilen. Und wie das zerstörte Ostpreußen in seinem Neuen neu erheben muß, so wird auch gewiß unsere Organisation von neuem starke Wurzeln schlagen und zu einem stattlichen Baum erwachsen müssen. Wie war ja der Wert der Organisation augenfälliger als jetzt.“

Von der zerstörenden Außenwirtschaft in Ostpreußen erzählen die Auslandsblätter, die nicht genug über „deutsche Sunnen“ schreiben können, ihren Lesern kein Wort.

Internationale Rundschau.

Die schweizerischen Gewerkschaften und der Krieg.

Der schweizerische Gewerkschaftsbund ist vom 20. Juni bis zum 30. September in seiner Mitgliederzahl von 88 000 auf 58 000 zurückgegangen. Von diesen 58 000 Mann befinden sich 22 348 Mann im schweizerischen Militärdienst. Der Mitgliederabgang um 30 000 Mann entfällt zu etwa einem Drittel auf ausländische abgewanderte Militärpflichtige, ca. 8000 Deutsche und je ca. 2000 Franzosen und Österreicher, sowie auf etwa 6000 italienische Rückwanderer. Der Rest betrifft listierte Sektionen durch Einstellung der Betriebe. Diese gewerkschaftlichen Sektionen werden natürlich sofort nach Wiedereinnahme der Arbeit wieder aufleben. Von den verbliebenen registrierten Gewerkschaften sind rund 11 500 ganz und 18 000 teilweise arbeitslos. Eine Konferenz der Gewerkschaften mit den Unternehmerverbänden unter Leitung des Bundesrats soll geschleifte Mittel gegen die Lohnbrüdererei beraten.

Arbeitslosigkeit in Zürich.

Von den 13 000 Mitgliedern des Gewerkschaftsbundes sind rund 5000 Mann zum Militärdienst eingezogen. Ueber 2000 Mann sind arbeitslos. Wenn man bedenkt, daß von den 13 000 Parteimitgliedern 8000 Staats- und Gemeindegestellte sind, ist diese Arbeitslosigkeit ansehnlich groß.

Von den böhmischen Braunkohlenbergleuten.

Beim Braunkohlenbergbau in Österreich wurden im Jahre 1913 mit 55 194 Arbeitern 273 783 824 Meterzentner Kohle im Werte von 149 472 148 Kronen (eine Krone = 85 Pf., eine Krone hat 100 Heller) erzeugt. Davon entfallen 27 150 (40,2 Prozent) Arbeiter mit einer Erzeugung von 188 070 421 (67,9 Prozent) im Werte von 91 185 541 (61 Prozent) auf den nordwestböhmischen Braunkohlenbergbau, welcher die Revierbergamtsbezirke Komotau, Brüx und Teplich umfaßt. Die in diesen Revierbergamtsbezirken von einem Arbeiter erzeugte Kohlenmenge stellte sich auf 8883 Meterzentner im Werte von 3359 Kronen. Aufolge Ausschusses des Zentralreservefonds für Arbeiter wurden in den Revierbergamtsbezirken Komotau-Brüx-Teplich im Jahre 1913 an (einschließlich der versicherten Ausschickungsorgane und Beamten) 29 640 Arbeiter mit 91 185 541 Kronen Lohn ausbezahlt. Der für einen Arbeiter ermittelte Durchschnittslohn beträgt demnach (einschließlich der Abzüge für die Krankens-, Provisions- und Angehörigenversicherung, es sind 17,25 Kr., sowie Sprengmittel usw.) 1820 Kronen. Der von einem Arbeiter geschaffene Wert beträgt, wie bereits erwähnt, 3359 Kronen. Der Wertüberschuss über den Arbeitslohn beträgt somit 2039 Kronen oder 60,71 Prozent, so daß auf den Lohnanteil nur 30,29 Prozent kommen. Die Bruttoarbeitslosenlasten eines Meterzentner Kohle mit 21,02 Heller, denen ein Durchschnittspreis von 40 Heller gegenübersteht.

Sembat über die russische Gefahr.

Fast das gesamte westliche Ausland vermeidet es, Rußlands Beteiligung am Kriege zu erklären, um die Theorie aufrecht zu erhalten zu können, daß es sich bei diesem Kriege um den Kampf der Demokratie gegen deutschen Militarismus und Imperialismus handle. Diese Theorie vertreten auch die sozialistischen Mitglieder des französischen Kabinetts, Sembat und Guesde. Sie bestreiten eine russische Gefahr für Deutschland.

Der „Labour Leader“, so ziemlich das einzige Blatt in England, das auch jetzt noch den Krieg zu bekämpfen wagt, erinert deshalb zur rechten Zeit an ein Buch, das Sembat im Sommer 1913 erschienen ist. In diesem Buch behandelt er das Verhältnis zu Deutschland. Er gelangt zu dem Schluß, daß es für Frankreich nur zwei Möglichkeiten gebe: entweder zu rüsten und gegen Deutschland in den Krieg zu ziehen, oder aber den Revanchegedanken gänzlich aufzugeben und mit Deutschland, ähnlich wie mit England, zu einem Einbernehmen zu kommen.

„Meiner Meinung nach“, schreibt Sembat auf Seite 77 seines Buches, „drängt unter jetzigem Schicksal der europäischen Bündnisse zum Kriege und nicht zum Frieden... Um das zu verstehen, muß man sich in die Haut eines Deutschen hineinversetzen denken... Wenn ich versuche, mich in eines Deutschen Haut hineinzubeten und als Deutscher zu denken, so ist das erste ein Gefühl der Genugtuung, gemischt mit Besorgnis. Ich fühle, als ob mein Leben 1870 begonnen hätte, aber mit der Erinnerung an mein früheres Dasein, an eine lange, schmerzvolle, pro-gedrückte, an eine Revancheperiode. Ich bin mir bewußt, daß ich vollständig erst bei dem deutschen Siege, seit der Einigung Deutschlands existiere. Seit der Zeit fühle ich als etwas in der Welt und fühle mich sicher. Um keinen Preis in der Welt (möge man sich das ein für allemal merken) werde ich zugeben, daß an dieser weichen neuen Stellung gerührt werde! Sobald ich die deutsche Einheit in Gefahr glaube, erhebe ich mich bereit, jedes Opfer zu bringen, bereit, mein Geld, wenn ich solches habe, und mein Leben zu geben. Ganz gleich, zu welcher Partei ich gehöre, ob ich Sozialist, Katholik, Liberaler oder ein Konservativer bin; sollte irgend jemand die deutsche Einheit bedrohen, so wird er es mit mir zu tun haben!“

So weit ist er für mich als Franzose ganz leicht, in die Gefühle des Deutschen einzudringen, weiß der Durchschnittsfranzose seinerseits genau so fühlt... Ich kann es auch verstehen, daß diese Art des Gefühls beim Deutscher, dessen nationale Einheit erst seit gestern datiert, frischer ist wie bei uns, die wir an eine geeinigte Nation ebenso sehr wie an die Sonne am Firmamente gewöhnt sind. All das ist leicht verständlich. Daneben aber scheint es im Deutschen ein anderes Gefühl zu geben, das mir weniger geläufig ist und das zu verächtlicher vor größerer Schwierigkeiten macht: das Gefühl ist die schlimme Furcht vor Rußland.“

Dieses geborene Grausen vor Rußland ist nicht die durch eine Niederlage geborene Feindschaft, die viele Franzosen gegen Deutsche hegen. Diese französische Feindschaft gegen Deutschland besteht aus

Woll für die Vergangenheit und aus Besorgnis für die Zukunft. Vor 1870 war sie ganz unbekannt... Das andere aber ist davon grundverschieden. Jeder Deutsche ist aufgewachsen unter der unaufhörlichen Bedrohung durch eine erfindliche Dämonie, die jeden Augenblick sich lösen und fallen und auf ihn rollen kann, durch eine Dämonie, die aus unendlicher Wildheit, aus brutalen und barbarischen Tendenzen besteht; die sich über sein deutsches Land ergießen und seine Zivilisation und seine Ethik begraben wird. Man bezogte nicht, daß Deutschlands engster Nachbar unglücklichster Länder der Barbarei, daß es der Nachbar Afrikas, der Kofalen, der Sunnen ist.

Ich finde es recht schwer, all das zu begreifen, der ich ein Franzose bin und zu einer alten Zivilisation gehöre, die seit Jahrhunderten die Einfälle wirklich barbarischer Völker vergessen hat. Es fällt mir schwer, mir vorzustellen, welchen Einfluß eine solche Nachbarschaft auf unsere Gefühle haben würde. Aber ehe es mir nicht gelingt, das zu verstehen, wird mir der Einbruch nie klar werden, den das französisch-russische Bündnis auf den Deutschen gemacht hat.

Für mich bedeutet Rußland diesen oder jenen Genossen, wie Kubanowitsch, einen Wissenschaftler, der nichts Barbarisches an sich hat. Für mich bedeutet Rußland die Herren Turgenjew, Tolstoi, Gorki... Geimlich zähle ich schon auf das russische Volk als einen der Hauptfaktoren einer Ära des Sozialismus. Der Russe, an den ich denke, ist vielleicht nicht der wirkliche Russe; aber er ist mein Russe. Es ist nicht der Russe, an den der Deutsche denkt; der ist ein unverfälschter oder grauenerregender Wiber, abwechselnd knechtisch und tyrannisch, peinigend oder gepöckelt, aber stets gleich unzuverlässig. Uebrigens: Geherbergen die Gefühle des Jaren nicht die Barbaren des Turkestan und Zentralasiens? Ganz recht, aber das sind doch unterworfenen Massen! Glauben Sie das wirklich? Über vergessen Sie nicht, daß der Zar an dem Tage, wo die zu liberal oder sozialistisch gewordenen europäischen Klassen ihm im Wege zu sein begannen, gegen sie die Wunden der Koffen und Turkestanen aufreißte. Wenn dieser Tag andrückt, dann wird Rußland, der barbarische Osten, an den Zoren Europas und an der Schwelle Deutschlands stehen.

Das französisch-russische Bündnis und die französisch-englisch-russische „Entente“ muß daher den Deutschen als der Paß zweier zivilisierter Völker mit dem Barbaricum erscheinen. Das Auge des Deutschen sieht die Zivilisation betrogen und, zugleich mit Deutschland, den Barbaren ausgeliefert...“

Knapptätliches.

Vorstandssitzung des Bochumer Knapptätvereins vom 12. November 1914.

Vor Eingang in die Tagesordnung wurden die im Felde Gefallenen durch Erheben von den Eigen geehrt. Es wurde mitgeteilt, daß fünf Knapptätbeamte das eiserne Kreuz erhielten, ferner daß die Aufsichtsbekörbe der Sektion von 10 000 Mark an das rote Kreuz die Genehmigung erteilt habe. Weiter wurde der Beschluß der Oberstabsgerichte für Knapptätangelegenheiten in Berlin in der Bescheidungs- sache der Mitgliedervertreter im Vorstande des Allg. Knapptätvereins zu Bochum wider den Beschluß des Oberbergamts Dortmund vom 25. Juni d. J., betreffend Befreiung vom Wehrdienstzwang zur Krankenversicherung, mitgeteilt, der folgenden Wortlaut hat:

W e s t l u c h .

In der Bescheidungs- sache der Mitgliedervertreter im Vorstande des Allgemeinen Knapptätvereins in Bochum wider den Beschluß des Königlichen Oberbergamtes in Dortmund vom 25. Juni 1914, betreffend Befreiung vom Wehrdienstzwang zur Krankenversicherung, hat das Oberstabsgericht in Knapptätangelegenheiten in der Sitzung vom 18. September 1914, an welcher teilgenommen haben: 1. als Vorsitzender: Oberbergamtsrat Neuf, 2. als Beisitzer, und zwar: a) als Vertreter der Bergbesitzer: Bergamtsrat Mehnert aus Oberhausen, b) als Vertreter der Knapptätmitglieder: Knapptätältester Hauser Karl Geespad — nach Einsicht der Akten beschlossen: Die Beschwerde wird als unbegründet zurückgewiesen.

L a t b e s t a n d .

Die Vorstandsstellen Fischer, Jungesblut und Dink hatten beim Allgemeinen Knapptätverein in Bochum folgenden Antrag gestellt:

„Von dem Wehrdienstzwang zur Krankenversicherung sind nur Arbeiter zu befreien, die 60% Prozent und mehr erwerbsunfähig sind. Ausnahmen sind nur bei den Unfallrentnern zu machen, wo noch kein Dauerzustand eingetreten ist und dadurch dann Aufnahmen schädigend, auf die Krankenkasse wirken würden.“

Der Antrag ist in der Vorstandssitzung am 26. März 1914 mit Einstimmigkeit abgelehnt worden; er ist in der Vorstandssitzung vom 14. Mai 1914 nochmals und wieder mit demselben Ergebnis zur Abstimmung gebracht worden.

Die Mitgliedervertreter haben darauf auf Grund des § 54 des Knapptätgesetzes die Entscheidung des Königlichen Oberbergamtes in Dortmund über Annahme oder Ablehnung des Antrags anrufen. Das Oberbergamt hat durch Beschluß vom 25. Juni 1914, auf dessen Ausführungen verwiesen wird, den Antrag der Mitgliedervertreter für abgelehnt erklärt.

Gegen diesen Beschluß haben nunmehr die Mitgliedervertreter im Vorstande unter dem 21. Juli 1914 rechtzeitig Beschwerde beim Oberstabsgericht, erhoben. Zur Begründung haben sie in der Beschwerde- schrift und in einer „Erklärung“ vom 4. September 1914 der Hauptsache nach angeführt, das nur der von der Krankenversicherungspflicht befreit werden dürfe, der auf die Dauer nur zu einem geringen Teile arbeitsfähig sei, wie auch klar § 9 des Statuts des Allgemeinen Knapptätvereins und § 173 der Reichs- versicherungsordnung sage. Es heiße hier ausdrücklich, „wer auf die Dauer nur zu einem geringen Teile arbeitsfähig ist“. Es handle sich um das Befinden des zu Befreienden in der Gegenwart, nicht um die Zukunft, sonst hätte man in der Sogung hinter dem Worte „ist“ die Worte „oder wird“ setzen müssen. Da dies nicht der Fall sei, so sei die Entscheidung des Oberbergamtes verfehlt, die gutheiße, daß mit zukünftigen erhöhten Krankheitsgefahren gerechnet werden solle. Auf den Inhalt der bezeichneten, den Gegnern gestellten Schriftsätze wird Bezug genommen.

Die Vertretervertreter haben Zurückweisung der Beschwerde beantragt mit der Begründung, daß unter die Vorschrift des § 173 der Reichsversicherungsordnung auch diejenigen fielen, die zwar zeitweilig gesund und arbeitsfähig seien, deren Erkrankung und völlige Arbeitsunfähigkeit aber bald zu erwarten sei. Auch auf diesen, den Gegnern gestellten Schriftsatz wird Bezug genommen.

G r u n d e .

Den Ausführungen des angefochtenen Beschlusses war durchweg beizutreten. Die in diesem Beschlusse wiedergegebenen, für die Auslegung des § 173 R.-V.-O. und des damit gleichlautenden § 9 der Sogung des Allgemeinen Knapptätvereins in Bochum wesentlichen Gesichtspunkte lassen als Zweck und Bedeutung der Gesetzesvorschrift erkennen, einerseits, daß Personen, die noch beschränkt arbeitsfähig sind, nicht die Möglichkeit genommen werden soll, den Rest ihrer Arbeitsfähigkeit zu verwenden und zu der Invalidenpension, die sie etwa beziehen, noch etwas hinzu zu verdienen, andererseits, daß aber auch die Krankenkassen nicht mit den schlechten Risiken dieser Personen belastet werden sollen. In den Verhandlungen zu § 173 a. a. O. ist festgestellt worden, daß nur derjenige für „auf die Dauer nur zu einem geringen Teile arbeitsfähig“ anzusehen ist, bei dem die Gerab- fähigkeit der Arbeitsfähigkeit mit einer Erhöhung der Krankheitsgefahr verbunden ist (Kommissionsbericht 2. Teil, Seite 445). Das Vorhandensein dieser erhöhten Gefahr bedarf der Feststellung in jedem einzelnen Falle, so daß es nicht angängig ist, z. B. Knapptätinvaliden schon deshalb als „unter § 173 fallend“ anzusehen, weil sie Knapptätinvaliden sind. Ferner ist durch die Vorschrift des § 497 R.-V.-O. (§ 54 Abs. 4 des Knapptätgesetzes) Vorsorge getroffen, daß Befreiungsanträge von Knapptätinvaliden eine besonders gründliche Prüfung erfahren und daß zu einem Befreiungsantrage die Mehrheit der Stimmen beider Vertreterseiten im Vorstande, die alle in Betracht kommenden Umstände des Einzelfalles zu würdigen haben, notwendig ist.

Der von den Knapptätältesten gestellte, im Laßbestand wieder- gegebene Antrag wird dieser Bedeutung des § 173 a. a. O. nicht gerecht. Es mag zwar zugegeben werden, daß für viele unter den Antrag fallende Knapptätmitglieder der Antrag auf Befreiung von der Krankenversicherungspflicht begründet ist, aber der von den Knapptätältesten geforderte Beschluß, nur solche Arbeiter von der Krankenversicherungs-

pflicht zu befechten, würde in doppelter Beziehung gegen das Gesetz verstoßen; er würde als einziges und ausschlaggebendes Kriterium für die Befreiung von der Krankenversicherungspflicht die verminderte Arbeitsfähigkeit hinsetzen, die Erhöhung der Krankheitsgefahr aber unberücksichtigt lassen, und er würde die vom Gesetz gewollte, unter die besonderen Vorzeichen des § 407 gestellte Prüfung des Befreiungsantrages unter Berücksichtigung der bei jedem einzelnen Falle vorliegenden Verhältnisse ausschließen.

Der Antrag der Knappschaftsältesten ist deshalb im Vorstabe mit Recht abgelehnt und die gegen diese Ablehnung erhobene Beschwerde vom Königlich-Oberbergamt zu Dortmund mit Recht zurückgewiesen worden. Aus den angegebenen Gründen, denen gegenüber die weiteren Ausführungen der Beschwerdeführer, insbesondere auch der Hinweis auf ein Urteileres, eine abweichende Ansicht vertretendes Rundschreiben des Knappschaftsvorstandes und auf einen Beschluß des Niedererschleischen Knappschaftsvereins unerschütterlich erscheinen, mußte auch die gegen den Beschluß des Königlich-Oberbergamtes zu Dortmund erhobene Beschwerde zurückgewiesen werden, wobei mit dem Beschlusse davon abgesehen werden konnte, über die Frage, ob durch die Ablehnung des Antrages erhebliche Interessen des Vereins gefährdet erscheinen (§ 54 Abs. 2 des Knappschaftsgesetzes) noch weitere Ermittlungen zu veranlassen.

Dortm., den 21. Oktober 1914.
(L. S.) Das Oberbergamt in Knappschaftsangelegenheiten.
B. L. 4/14 — 4. gez. Neuh.

Nach diesem Beschluß können unsere Vorstandsältesten nicht mehr die Befreiung von der Krankenversicherungspflicht verhindern bei denen, die sie noch als in reichem Maße erwerbsfähig betrachten und die eigentlich der Krankenkasse angehören sollten.
Der Gesamtwirtschaftsplan wurde sodann genehmigt. Auch für die Vorausschüsse und -Gehilfen, bei denen die Einreichung in die Klasse der Assistenten und damit die Erlangung weiterer Zulagen mit Rücksicht auf die Art der von ihnen zu erledigenden mechanischen Arbeiten ausgeschlossen ist, wird eine Gehaltszulage von je 100 Mark bewilligt.

Die anderweitige Abgrenzung der Kreisgebiete der Knappschaftsärzte Dr. Gallermann-Wengede, Dr. Staupendahl-Wobelschwing, Dr. Schneider-Wette und Dr. Roemer-Deitrich wird nach dem Vorschlage der Beteiligten genehmigt.

Der Garantverband des Krankenhauses Derne hat das Nachverhältnis zum 1. Januar 1915 gekündigt. Er bittet jetzt, der Knappschaftsverein möge das Krankenhaus unter den bisherigen Bedingungen bis zur Beendigung des Krieges, eventuell bis 1. Januar 1918, weiter verwalten. Dem Angebot wird zugestimmt unter dem Vorbehalt, daß das Krankenhaus vom Regierungspräsidenten gestellte Forderungen auf Herstellung einer Isolierstation oder einer Isolierbaracke für Infektionskrankheiten, für deren Unterbringung die Gemeinde Derne zu sorgen hat, fallen gelassen und weiter eine normale Belegung mit 80 Kranken gestattet wird. Wird das zugestimmt, dann soll die Ueberlassung des Krankenhauses bis zur Inbetriebnahme des für den Dortmund-Bezirk geplanten neuen Knappschaftskrankenhauses angehalten werden.

Die wegen Ablauf der Amtsfristen auscheidenden Mitglieder des Knappschafts-Oberbergsicherungsamtes, die Kellerten Volkmann-Günningfeld, Heil-Hamborn, Wieje-Schüren, Feingel-Katernberg und Kampelade-Querenburg werden wiedergewählt. In Stelle des auscheidenden Kellerten Rudolph-Essen wird Eduard Schroll-Kellinghausen gewählt.
Der Antrag des Kellerten Heisterkamp in Herbest-Dorsten auf anderweitige Abgrenzung seines Sprengels, sowie der Antrag des Kellerten Grimmer in Westerholt auf Teilung seines Sprengels wird genehmigt.

Der Sabungsausschuß schlägt dem Vorstabe vor, die Auslegung des Begriffs „Ausland“ in dem für die Mitglieder günstigen Sinne zu treffen, Außenhalt im Auslande nach § 18 Abs. 3 der Sabung also nicht anzunehmen, wenn die Verwundung oder Erkrankung in den durch deutsche Truppen besetzten feindlichen Landesteilen erfolgt. Der Vorstabe stimmt diesem zu.

Ferner entscheidet der Ausschuß und pflichtet der Vorstabe bei, daß für die Zahlung des Sterbegeldes nach § 88 der Sabung nicht erforderlich ist, daß dem Tode des Pensionistenmittgliedes ein zeitlich bestimmter Zustand der Invalidität vorausgeht. Der Anspruch des § 88 der Sabung ist nur davon abhängig, daß das verstorbene Mitglied zu den anspruchsberechtigten Mitgliedern der Pensionistenklasse gehörte und der Krankenkasse gegenüber seinen Anspruch auf Sterbegeld geltend machen konnte.

Der Zurückerstattung der von den Mitgliedern gezahlten Pensionistenbeiträge nach § 107 Abs. 3 der Sabung wird zugestimmt.

Der Sabungsausschuß schlägt dem Vorstabe vor, die zum Kriegsdienst eingezogenen Pensionistenmitglieder der österreich-ungarischen Monarchie als beteiligt an einem vaterländischen Kriege im Sinne der §§ 58 und 60 der Sabung zu betrachten unter der Voraussetzung, daß Österreich-Ungarn auch den in seinem Lande verbliebenen Deutschen die seinen Landesangehörigen eingeräumten Vergünstigungen gewährt. Diesem wird zugestimmt.

Das Mitglied Max Wilking, der ein Opfer des Weineidsprozesses Schröder und Genossen war, hatte während seiner Zuchthausstrafe seine Rechte verfallen. Die Justizverwaltung zahlte ihm nun, da er unschuldig beurteilt war, außer dem ihm zugesprochenen Schadenersatz die Summe von 1050,10 Mk. zur Begleichung seiner rückständigen Beiträge bezw. Anerkennungsgeld. Die Knappschaft erklärte sich bereit, ihn wieder in seine Rechte als Mitglied eintreten zu lassen und über einen von ihm gestellten Invaldisierungsantrag zu entscheiden.
Den Anträgen auf Niedererschlagung überhöherer Beiträge wurde zugestimmt.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zehe Gottfried Wilhelm. In Nr. 44 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 31. Oktober 1914 benachrichtigten wir eine Berichtigung dieser Zehe, worin gesagt war, daß das Auswahlmittel Köhler sich bei seinen Vorgesetzten wegen der geringen Leistung seiner Mitarbeiter beschwert habe und deshalb verlegt worden sei. Köhler, der auch Sicherheitsmann ist und dem örtlichen Gewerbeverein angehört, hat nun unter Zeugen entschieden bestritten, daß er sich wegen der geringen Leistung seiner Mitarbeiter bei seinen Vorgesetzten beschwert habe; er habe sich lediglich aus der Arbeit gemeldet, weil er dort nichts habe verdienen können, sich aber nicht über die geringe Leistung seiner Mitarbeiter beschwert. Das will er auch dem Betriebsführer gesagt haben, dieser habe aber verneint, die Darstellung in dieser Berichtigung als den Tatsachen entsprechend hinzustellen. Er habe aber geantwortet, diese Darstellung entspräche nicht den Tatsachen, er würde das auch nicht auf sich lassen. Die Angaben Köhlers und der Zehe stehen sich diametral gegenüber und Aufklärung ist dringend notwendig. Da die Zehe in jüngeren Jahren immer schnell mit Berichtigungen bei der Hand ist, wird sie auch in diesem Fall nicht schweigen dürfen.

Zehe Hermann I u. II. Die Arbeiter beklagen sich hier darüber, daß die Auslösung so ungewöhnlich lange dauert. Arbeiter, die um 1 Uhr ausfahren, haben dann noch Stundenlang auf ihren Lohn warten müssen. Bei einigen guten Willen ließe sich hier doch wohl eine Veränderung schaffen. Auch die Besatzung könnte bei etwas gutem Willen pünktlicher beginnen. Es ist doch nicht nur unangenehm, sondern auch gesundheitsschädlich, wenn die arbeitsfähigen Arbeiter an dem zugigen Schacht so lange auf die Ausfahrt warten müssen. Es könnte auch dafür gesorgt werden, daß die Waghäuser wenigstens während des Schichtwechsels regelmäßig und gut durchwärmt ist.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Feldpostbrief.

Ein alter Kamerad schreibt aus dem Felde:

Seit ich den letzten Brief an Dich schrieb, ist schon über eine Woche ins Land gegangen, zwar eine kurze Spanne Zeit. Aber für jemanden, der im Krieg nicht bloß Freund und Feind, Mensch und Pferd, Zapfenzeit und Feigheit untersteht, ist sie lang genug, um sehr viel zu lernen, viel mehr, als man imstande ist, in einem Briefe schreiben zu können.

Wir sind seit meinem letzten Brief schon zum zweiten Male auf dem Marsche. Wir sind vom Doxer U., in welchem wir eine Woche lagen, nach Norden marschiert und erreichten nach einem zweitägigen Marsche den Ort, welcher einen Bahnhof hat. Auf dem Marsche berührten wir die Orte W. und S. Kurz bevor wir erreichten, schlug eine Fliegerbombe, mit denen wir, nebenbei bemerkt, immer sehr reichlich traktiert werden, neben unserer Kolonne ein; ein Mann, drei Toie und acht Verletzte, dazu sieben Pferde lagen wieder auf der Straße. Wünsche Dir nicht einen solchen Anblick. Die Straße war mit Blut überschwemmt, ein Munitionswagen umgeschlagen und in den Wirrwarr verwickelt ist Menschen und sieben Pferdeleiber. Ein solcher Anblick genügt, um einem noch nicht verrohten Menschen begreiflich zu machen, was ein Krieg ist. Andere Bomben, die geworfen wurden, blieben ohne Wirkung, weil sie zu weit ab von der Kolonne einschlugen. Sie wurden geworfen, als die Flieger im schnellen Tempo vor unserer Heilbarillerie, welche sie mit Schrapnell beschloß, flüchteten. Sie hatten somit kein sicheres Ziel mehr. Inseits W. wurde zur Mittagszeit Halt gemacht. Um 6 Uhr wurde wieder abmarschiert und wir erreichten abends in der Dunkelheit den Ort S. Hier wurde bivoualiert und als wir am anderen Morgen unsere Augen aufmachten, befanden wir uns einer Mähensgede gegenüber. Da wir noch ein paar Stunden Zeit hatten, benutzte ich die Gelegenheit, mich auf der Grube etwas umzusehen. Es schien eine Zeche mit ungefähr 1800 bis 2000 Mann Belegschaft zu sein. Die Förderwerke waren für sechs Wagen eingerichtet. Die Zeche lag still. Die Pumpen schienen im Gange zu sein, denn die Kesselfeuerung wurde unterhalten. Alles Gezehe schien aus der Grube herausgeschafft zu sein, denn es standen acht Wagen voll in der Schmelze. Einige hundert Bohrhämmer lagen ebenfalls dort aufgeschleppt. Von einem alten Bergmann, den ich bei der Grube traf, wollte ich deren Namen erfahren. Er malte mir folgendes ins Notizbuch: „Henin Lictard Tosse 2 bis P d.“

Wie die Grube nun eigentlich heißt, weiß ich heute noch nicht. Ich machte ihm bemerklich, daß ich auch ein „mineur de charbon“ sei. Statt aller Antwort sagte er meine Hände und unterzeigte sie nach „Bergmannsmal“. Mit einem „Oul, monsieur“ gab er mir zu verstehen, daß er sich von der Wahrheit meiner Angaben überzeugt hatte. Ich hätte mich gern mit dem Manne unterhalten und es tat mir wirklich leid, daß ich seine Sprache nicht verstand, denn auch er war gern zur Unterhaltung bereit.

Um 10 Uhr vormittags rückten wir ab und marschierten durch den Ort. Es war dasselbe Bild wie im Ruhrgebiet; schöne Wälder, niedrige, enge Arbeiterwohnungen. Im allgemeinen scheinen die Bewohner sehr reinlich und prosper zu sein; die Kinder wie auch die Frauen waren reinlich, wenn auch nicht luxuriös gekleidet und sauber gewaschen. Nur vereinzelte Gruppen von Frauen und Kindern sah man an den Straßen, welche schmutzig waren. Diese waren es aber auch bedarf, daß man kaum ihre Kaufkraft unterzeichnen konnte. Ich nehme an, daß es sich bei letzteren nur um zugewanderte Familien handelt. Auch in noch ein paar anderen Städten, welche wir bis D. durchmarschierten, herrschte dasselbe Straßenbild. Die Aufmerksamkeit, welche die Bewohner bei unserem Durchmarsch uns gegenüber an den Tag legten, schien sehr verschieden zu sein. Vielen sah man ihre Gleichgültigkeit schon von ferne an. Andere folgten uns mit hagerfüllten, aber auch viele, besonders die jungen Mädchen, wenn ihnen unsere jungen Burken ein Scherzwort zuriefen, mit sehr freundlichen, ja einladenden Blicken. Mit den Kindern stehen wir hier überall auf gutem Fuß. Diese machen sich besonders an die Truppen heran, welche Wagen mit sich führen, weil sie wissen; daß auf diesen etwas mitgeführt wird, was auch sie gebrauchen können. So mußte ich vor einigen Tagen mit zu einem großen Warenlager fahren. Dieses war von der Intendantur mit Beschlag belegt. Es wurden dort verschiedene Artikel, darunter Wein, Cognac, Pfauen, Nadeln u. a. m. empfangen. Ich lud so nebenbei verschiedene Schachteln Leckrü auf den Wagen. Denn es kamen immer Kinder, die ihre Hände mit einem bittenden „monsieur allemand“ nach uns ausstreckten. Wir geben den Kindern immer etwas, wo wir können. Als wir am Wege halten mußten, kam eine Frau, welche zwei Kinder an der Hand führte, an uns vorbei. Sie warf uns einen sehr geringschätigen, ja verachtenden Blick zu. Ich drückte dem ältesten Kinde, einem Jungen von ungefähr vier Jahren, zwei Stangen Leckrü in die Hand. Sofort erhellte sich ihre Miene und ein „merci, monsieur“ kam über ihre Lippen. Auch die Kinder scheinen sehr zur Höflichkeit erzogen zu werden, denn nie passiert es, daß sich ein Kind nach Empfang eines Geschenkes entfernt, ohne dem Geber ein „merci, monsieur“ zugerufen zu haben.

Am 24. Oktober 1914, nachmittags 5 Uhr, erreichten wir D. Ehe ich mein Quartier beziehen konnte, mußte ich mit einem Einspännerwagen nach einem großen Tierlager fahren. Die Tiere lagen in großen Wässern in Kaltwasser und ihre Zahl schien Millionen zu sein. Seit etwa acht Tagen wurde bereits diese Fundgrube von unseren Truppen ausgebeutet. Und trotz sehr starker Inanspruchnahme will der Segen kein Ende nehmen. Nachdem wir eine ziemliche Ladung, welche zwei Kameraden schon vorher ans Tageslicht befördert, eingenommen hatten, ging es zurück zum Quartier. Wir bezogen ein Haus, welches von drei Frauen, Großmutter, Mutter und Tochter, bewohnt war. Die Männer von Mutter und Tochter standen bei der französischen Armee. Anfangs hatten die Frauen Angst vor uns. Es waren unser dreizehn Mann, die meisten Kerls wie die Wären, aber wie die Frauen bald merkten, von sehr gutmütiger Natur. Wir hatten gerade ein frisch geschlachtetes Schwein auf dem Wagen. Unser Koch, ein Metzgermeister aus Pommern, brachte unseren großen Kochtopf herein und verschah ihn mit der nötigen Menge Schweinefleisch. Sein ganzes Französisch, welches er versteht, ist „Madame“ und „Monsieur“. Alles andere macht er durch größere oder kleinere Kreise, welche er mit einer Hand oder mit beiden Händen in der Luft beschreibt, verständlich. Und bald mußten die Frauen, daß er den Vorkatz hatte, den Kopf voll Fleisch zu schmoren und daß sie nachher unsere Gäste sein sollten. Anfangs machten sie ein lautes Geschrei und man konnte ihnen den Gedanken vom Gesicht ablesen: „Das soll mir 'n schöner Fraß werden!“ Wie sie aber die Vorbereitungen verfolgten, die unser Koch traf, als sie sahen, wie er unseren Topf erst blühend ausschleuerte und auswasch, da kamen sie schon auf andere Gedanken. Als nun unser Braten lecker duftend auf dem Rische stand, da langten auch sie, wenn auch noch mit einigem Zögern, herzhast zu, und nach einigen Versuchen, uns ihre Anerkennung zu bezeugen, hörten wir ein über das andere Mal „bon viande du porc“. Abends wurde wie gewöhnlich „einer auf die Lampe gegossen“ und die Cognacflasche machte die Runde. Da wurden die Frauen wieder ängstlich. Sie fürchteten, wir hätten uns betrunken, und wir, derzeit noch so gemächlich, hätten dann ungemächlich werden können. Wir waren doch nicht so, wir gaben der Frau, welche ich als Mutter bezeichnete, die Flasche in Verwahr. Sie schloß sie fürsorglich in einen Schrank und alle waren wieder beruhigt.

Am 25. Oktober, einem Sonntag, entdeckte unser Kamerad ein großes Lager von Spirituosen. Es waren Reihen von Fässern mit Tausenden Litern Inhalt, hauptsächlich Cognac und Rum. Der Besitzer war, wie viele andere Bewohner, mit der französischen Armee fortgezogen. Das Lager wurde als Kriegsbeute betrachtet. Wir entnahmen demselben einige „Proben“ und machten es uns in einer unserer Quartiere gegenüber liegenden Kneipe bequem. Der Wirt hatte selbst keinen Tropfen mehr im Keller. So waren wir also gezwungen, unsere „Proben“ herbeizuholen. Es dauerte nicht lange, so wollten unsere Kameraden trinken. Ein Zahlmeister, welcher in dem Hause in Quartier lag, meinte, er hätte nichts dagegen, wenn patriotische oder Vaterlandslieder gesungen würden. Zuerst wurde das Lied: „Stimmt an mit hellem hohen Klang“ gesungen. Dann wurde das Lied: „Sich ein Knab' ein Häslein jeßn“ angestimmt. Da meldete sich aber mit augenscheinlicher Entrüstung der Zahlmeister. Er hätte schon gesagt, patriotische oder Vaterlandslieder könnten gesungen werden, wenn aber solche Gassenhauer gesungen würden, dann würde er uns sofort aus dem Lokale weisen. Ich schaffte mir in dem Sturze der Entrüstung, welcher hierauf entstand, einige Augenblicke Ruhe und sagte: „Derr Zahlmeister, wenn Sie Recht haben, dann ist unser größter Dichter, Goethe, sehr zu bedauern, daß ihm ein solcher Gassenhauer unterlaufen ist.“ Ein Kamerad sagte ihm, daß das Lied eines der schönsten Volkslieder sei, die wir in Deutschland hätten, und daß S. M. der Kaiser selbst sehr für Volkslieder wäre. Schließlich wurde dem Zahlmeister anheimgestellt, ein Lied anzugeben. Wir gedachten daselbe natürlich nicht zu singen. Er meinte, er wolle uns nicht vorzeichnen, was wir singen sollten, nur sollten wir anständige Lieder singen. Es wurde ihm erwidert: „Schließlich singen wir wieder und dann ist es wieder ein Gassenhauer wie vorher.“ Da wollte er das Lied: „Sich ein Knab'“ nicht gemeint haben. Er hatte es also

schon begriffen. Wir mußten schnell Schluß mit der Sitzung machen, denn unser Koch hatte den „Proben“ stark zugesprochen. Unsere Wirtinnen hatten natürlich wieder Angst, aber unsonst. Wir legten uns gemächlich in die Scheune, den Koch in eine Ecke derselben, und waren bald eingeschlafen.

Wie Mittwoch, den 28. Oktober, haben wir bei den Deuten „logiert“. Es hat inzwischen eine Stimmung Platz gegriffen, wie sie zwischen Feinden durchaus nicht üblich ist. Wir unterhielten uns durch Zeichen und die paar Broden französisch, die wir verließen. Sehr egriffen waren die Frauen, als sie hörten, daß wir bis auf drei alle verheiratet seien. Als ich ihnen das Bild meiner Familie zeigte, ließen ihnen die hellen Tränen über die Wangen; „grand malheur“ war alles, was sie herborbringen konnten. Man wird so langsam inne, daß es nicht das Volk als Ganzes ist, gegen das wir unsere Waffe richten sollen. Sprächen alle Völker dieselbe Sprache, so daß sie sich in Freud und Leid besser verständigen könnten, ich meine persönlich, von Mund zu Mund, so stände es schlimmer um die, die den Völkerring heraufbeschworen haben. Ich will den Gedanken nicht weiter ausspinnen, Du weißt, was ich sagen will.

Wie es mit dem Kriege selbst steht, davon weißt Du wahrhaftig mehr wie ich. Wir, die schwere Artillerie, wir ziehen von Ort zu Ort, wo wir gebraucht werden, die ganze Schlachtfeld entlang. Hier stehen uns die Engländer gegenüber. Unsere Truppen sind von einem tiefen Haß gegen dieses Volk befeuert und wenn man den Erzählungen der Soldaten aus der Front Glauben schenken darf, so bekommt mancher Engländer, der in ihre Finger gerät, es zu spüren. Eine Ursache findet diese Wut darin, daß die Engländer viel mit Dum-Dum-Geschossen schießen. Anfangs habe ich der Sache keinen Glauben beigegeben, denn ich bin etwas kritisch veranlagt. Aber ich habe mich nun selbst davon überzeugt. Ich habe nämlich ein enalliches Gewehr und auch Patronen auf dem Wagen. Die Geschosse sind äußerlich wie die unsrigen. An dem englischen Gewehr ist eine Vorrichtung, um diese Patronen zum Dum-Dum-Geschoss zu machen. Steht man nämlich das Geschoss in eine am Schloß des Gewehres angebrachte Einbohrung und dreht die Patrone ein paar mal um ihre Längsachse, so schneidet sich der Geschossmantel durch, Wieg man nun die Patrone herunter, so bricht die Spitze ab. Auf der abgebrochenen Fläche der Geschosspitze ist ein blaues Kreuz sichtbar, somit hat sie den Charakter einer glatten Schmitzflähe. Diese Tatsachen sind empörend. Aber eine größere Schrecklichkeit, wie der Krieg mit seinen Schrecken an sich ist, gibt es nicht; deshalb hat man eigentlich keine Ursache, sich über seine Begleiterseinerungen zu enttäuschen.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 47. Woche (vom 15. bis 21. November 1914) fällig. Wir bitten unsere Mitglieder, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Der heutigen Zeitungsendung liegt für die Ortsverwaltungen ein Zirkular bei. Ein Exemplar erhält der erste Vertrauensmann, das andere der Kassierer. Zahlstellen, die beim Verband übersehen sein sollten, wollen uns dies melden.

Achtung! Die nach dem 9. November eingegangenen Beträge für den Unterstützungsfonds werden wegen Raummangel erst in nächster Nummer veröffentlicht. S a u p t k a s s e.

Achtung! Kameraden von Niedererschleien, Achtung! Diejenigen Kameraden, welche ihre Anerkennungsgebühren an die Niedererschleische Knappschaftskasse zu Waldburg gemeinsam einreichen wollen, können sich bis zum 24. November 1914 beim Kameraden Julius Kleinwächter in Sochside, Moltkestr. 10, melden.

Rechtshub betreffend.

Offen. Das Arbeitersekretariat ist von Turnstraße 4 nach Steelerstraße 17, zweite Etage, Eingang Postallee, verlegt. Sprechstunden: vormittags von 10 bis 1 Uhr und nachmittags von 6 bis 7 Uhr. Bezirk Lothringen. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat wird den Mitgliedern des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands Rechtshub durch den Arbeitersekretär Charles Becker erteilt. Die Sprechstunden finden vormittags von 11 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 7 Uhr in Diebenhofen, St. Franz, Kettingerstr. 6, zweite Etage, statt.

Sozialbeitrag.

Die Zahlstelle Stock u ist berechtigt, ab 1. November 1914 einen Sozialbeitrag von 5 Pf. pro Mitglied und Woche zu erheben. Jedes Mitglied ist verpflichtet, den Sozialbeitrag zu zahlen. Nichtzahlung hat die Entziehung statutarischer Unterstützungen zur Folge.

Bücherrevisionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:
Ahlen. Vom 22. bis 29. November.

Sterbetafel

- Auf den Schlachtfeldern sind gefallen:
- | | |
|-----------------------------------|---------------------------------|
| Gustav Buschmann, Gröben. | Friedrich Rud, Schöningen. |
| Franz Kaczmarek, Gröben. | Karl Helms, Schöningen. |
| Wolff Kozmierczak, Ramen I. | Willy Ebel, Reichardtswerben. |
| Friedrich Gebhardt, Ramen I. | H. Buschmann, Reichardtswerben. |
| Gustav Hermann, Werne b. Lgr. | Willy John, Reichardtswerben. |
| Gustav Niedzwiedzki, Werne b. L. | W. Liggas, Bergshofen. |
| August Trudowski, Werne b. L. | Eduard Gahn, Innen I. |
| Ludwig Jäger, Holtshausen-Wörnig. | Reinhold Mohrholz, Waldenburg. |
| Johann Dargewalla, Brand. | Eugo Sobietinski, Wina-Baal. |
| Friedrich Fröhlich, Tauscha. | Germann Wegener, Altenessen. |
| Franz Scherer, Gwing II. | Julius Bud, Altenessen. |
| Seb. Jaus, Peißenberg-Getten. | Bernhard Fleischer, Banteln. |
| Albert Köh, Werlenbach. | Friedrich Rufen, Sowege. |
| Paul Meier, Versdorf. | Bruno Fickel, Willau. |
| Edwin Harper, Versdorf. | Geinrich Rossmann, Dümpfen II. |
| Alfred Selbmann, Versdorf. | August Wölnner, Eigen. |
| Wieland Dreessen, Homburg. | Germann Weintich, Eigen. |
| Wielhelm Meyer, Neudling, Süd I. | Paul Folge, Rote b. Remberg. |
| Emil Wabbel, Nisten i. W. | Karl Sule, Sandersdorf. |
| Bernhard Hempfling, Delauß. | Richard Waidfeld, Holzweikig. |
| Arthur Lange, Kreischa. | August Schalk, Holzweikig. |
| Josef Willes, Würselen. | Germ. Fritsche, Reichenau. |
| Josef Janzen, Würselen. | Franz Gebenried, Schmitthorft. |
| Friedrich Neubert, Mittelbork. | Oskar Eichenmilch, Schlegel. |
| Kurt Runge, Klein-Döls. | Julius Wolf, Cbersdorf. |
| Fritz Berschmitz, Neppitz. | Paul Köhl, Cbersdorf. |
| Paul Schäffer, Wümbheim. | Alfons Gahn, Cbersdorf. |
| Germann Sattler, Wümbheim. | Paul Ballischel, Köpprich. |
| August Kreibitz, Sibesse. | Friedrich Kungig, Altenessen I. |
| Ernst Engel, Troschwitz. | Lorenz Robizer, Wiesbach. |
| Fritz Schöne, Wadowa. | Oskar Grünabel, Frintrap. |
| Romalis Fischer, P.-Getten. | August Wespermann, Lintfort. |

Wir werden das Andenken der Verstorbenen in Ehren halten! Unsere Ortsverwaltungen werden hiermit aufgefordert, uns die Namen, Verbandsnummer, Zahlstelle und Datum der im Felde gefallenen Kameraden sofort zu melden. Es erfolgt dann die Veröffentlichung an dieser Stelle. Der Vorstand.

Der Bergarbeiter-Kalender für das Jahr 1915 ist fertig gestellt und kann zum Preise von 50 Pf. das Stück durch die Ortsverwaltungen bezogen werden.